

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

30 (5.2.1925)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Rufstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Regulärpreis: halbjährlich 1.— M mit, 00 3 ohne Zustellung. Einzelpreis 10 3. Samstags 15 3. — Anzeigen: die einseitige Kolonelle 20 3. auswärts 25 3. Reklamen 80 3. Annahmeschluss 8 Uhr vormittags. Ausgabe: Dienstag mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von G. & C. e., sämtliche in Karlsruhe.

Der Stand der Regierungskrise in Preußen

Berlin, 5. Febr. (Eigener Funddienst.) Heute in den ersten Nachmittagsstunden tritt die Fraktion der Deutschen Volkspartei zu Beratungen über die gegenwärtige Preußenkrise zusammen. Es scheint so gut als sicher, daß sie die Vorschläge des Ministerpräsidenten Braun, die in der Konsequenz nicht zur Beilegung, aber zur Neutralität gegenüber einer Regierung auf der Basis von Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten aufzubrechen, ablehnen werden. Der preussische Ministerpräsident Otto Braun, dürfte dann in einem Schreiben an den Landtagspräsidenten den ihm vom Landtag erteilten Auftrag zur Bildung einer Regierung zurückgeben. In der kommenden Woche wird dann ein neuer Ministerpräsident gewählt werden, als der vorläufig noch der Landeshauptmann der Rheinprovinz, Dr. Voss, in Aussicht genommen ist. Immerhin hat es nicht den Anschein, daß in der Preußenkrise bald eine Klärung erfolgt.

Berlin, 4. Febr. Seit am Donnerstag sich der preussische Ministerpräsident, Genosse Braun, entschieden, ob er die durch den Landtag erfolgte Wiederwahl annimmt oder nicht. Die Annahme dürfte im wesentlichen abhängen von der für Donnerstag angelegten Fraktionsstimmung der Deutschen Volkspartei. Da die Zentrumspartei für den Fall daß Braun Ministerpräsident bleibt, auf das Landtagspräsidenten Amtspräsident erhebt, andererseits aber über die Frage, ob Braun tatsächlich die Regierung bildet, noch keine Klarheit besteht, beschloß der Landtag am Dienstag, die Wahl des Landtagspräsidenten erst am Dienstag den 10. Februar, vorzunehmen.

Die eingehende Entscheidung, ob das möglich ist, liegt bei dem Plenum des Landtags. Nur wenn auch dort alle Parteien dem Beschluß des Ausschusses ihre Zustimmung geben, ist die Beschleunigung der geschäftsordnungsmäßig am 5. Februar vorzunehmenden Wahl des Landtagspräsidenten statthaft. Am Donnerstagabendmittag wird sich der Ausschuss in einer neuen Sitzung mit der Neuwahl eines Ministerpräsidenten bezw. dem Tag der Abgabe einer Regierungserklärung beschäftigen.

Entscheidung im Danzig-polnischen Postkonflikt

Danzig, 5. Febr. Auf die von der freien Stadt Danzig beim Oberkommissar des Völkerbundes nachgesuchte Entscheidung über den Danzig-polnischen Postkonflikt entschied der Oberkommissar, daß der Gebrauch von Briefkästen außerhalb eines Postamtes bereits zulässig sei. Die neuen Gebäude und der Einbau von Briefkästen in den alten Gebäuden durch die Postverwaltung sind in jedem Teil der freien Stadt Danzig zulässig und der Entscheidung des Oberkommissars vom 25. Mai 1924 widerspricht.

Kommunistische Zwischenfälle in Griechenland

Savas meldet aus Athen: Im Laufe einer kommunistischen Manifestation in Trikala haben sich Zwischenfälle ereignet. Die Polizei hatte, nachdem die Kommunisten einige Fenstersteine der Polizeiwache eingeschlagen hatten, auf die Manifestanten blinde Schüsse abgegeben, auf die Kommunisten mit scharfen Revolverkugeln antworteten. Die Polizei eröffnete dann ein scharfes Feuer, durch das fünf Personen getötet wurden.

Kündigung des Lohnabkommens der Eisenbahner

Einer Korrespondenzmeldung zufolge wurde das Lohn- und Arbeitsabkommen für die Eisenbahnarbeiter von sämtlichen beteiligten Organisationen zum 1. März gekündigt.

Die Erfindung des Ingenieurs Becker

Zu der Erfindung einer neuartigen Dampfmaschine durch den Ingenieur Bernhard Becker in Döbra bei Weimar teilt die „Nationalpost“ mit, daß der Vorsitzende des Deutschen Dampfmaschinenvereins, Dr. Ing. Berner, sich über den neuen Schnelldampfzylinder in aufrechter Stellung äußerte. Konkreten anderen namhaften Ingenieure begegnet der Schnelldampfzylinder jedoch noch einiger Skepsis, insbesondere hinsichtlich der Kesselsteinabsonderung. Der Erfinder ist allerdings der Ansicht, daß die den Kesselstein bildende Salze durch die beschleunigte Verdampfung des Wassers in Dampf in den Kesselsteinabsonderung sofort mitgerissen werden. Der Erfinder beabsichtigt, den Schnelldampfzylinder als Ersatz für Automotoren zu präsentieren. Eine weitere Verwendungsmöglichkeit bietet sich dem neuen Dampfzylinder als Antriebsquelle für Dampfmaschinen und Schiffe. Durch die Raumersparnis gegenüber dem bisherigen großen Schiffsesselstein soll der Aktionsradius der Schiffe bedeutend vergrößert werden.

Ein englisches Schutzoll-Weißbrot

London, 5. Febr. (Eigener Funddienst.) Die englische Regierung hat im Unterhaus ein Weißbrot vorgelegt, das sich mit dem Schutze der englischen Industrie gegen „unfairen Wettbewerb“ befaßt. Es handelt sich um ein ausgebacktes und geschmacklos unter gewissen Voraussetzungen. Der Zoll soll jedoch erst eingeführt werden, nachdem eine Sachverständigen-Kommission über das Verlangen der einen oder anderen Industrie nach Hüllen gehört worden ist. Die Bedingungen, unter denen die Regierung einen Wettbewerb als „unfair“ ansieht und sich um Schutzollen bereit erklären würde, sind u. a.: 1. Das Handelsministerium muß der Meinung sein, daß die im Schutzoll nachzufindende Industrie für England von maßgebender Bedeutung ist nach Umfang und Natur der Erzeugnisse. 2. Nach der Beweis erbracht werden, daß der Wettbewerb durch das Ausland aufsergewöhnlich ist. 3. Die betr. Industrie muß beweisen, daß die Bedingungen in dem Lande, das den Wettbewerb hervorruft, unfair sind. 4. Das Geschäft einer Industrie kann zurückgegeben werden, wenn ihr Betrieb nicht mit größter Leistungsfähigkeit und Sparsamkeit arbeitet, oder wenn ein Schutzoll andere Industrien beeinträchtigen sollte.

Die liberalen Blätter nehmen entschieden gegen die Ausführungen des Weißbrot Stellung und warnen in ihnen einen Vorläufer zu einer umfassenden Schutzollpolitik.

Kleine Nachrichten

Magdeburg. Hier wurde der Werkmister einer pharmazeutischen Fabrik verhaftet. Er hatte seit längerer Zeit große Mengen Spiritus aus den Fabrikräumen entwendet und zu Schnaps verarbeitet, mit dem er einen schwindelechten Handel trieb. Da sein Rückwärtsverbot vorlag, wurde er aus der Fabrik entlassen. Er verhängte sich darauf in seiner Wohnung.

Neub. In einem nach N. Gladbach fahrenden Zug wurde in einem Abteil eine Dame unter Verhaltung eines Revolvers gezwungen, Handtasche und Geldsäckchen herauszugeben. Der Täter, der eine schwarze Gesichtsmaske trug, sprang nach der Verabredung aus dem fahrenden Zug und entkam unerkannt.

Erfahrung. Aus Bismarck wird gemeldet, daß es verschiedenen Deutschen gelungen war, über die polnisch-französiche Grenze ohne Papiere zu kommen. Sie wurden bestraft und nach Verbüßung ihrer Strafe nach Deutschland abgeschoben. — Nach der jüngsten Statistik vom 1. Februar haben zurzeit rund 70 000 Reichsdeutsche Aufenthaltserlaubnis in Ost- und Westpreußen. Es sind meist Arbeiter. Im nächsten Jahr sind im allgemeinen die Zuwanderungen aus der bayerischen Pfalz und dem Rheinland.

Die Internationale der Sanzwürste

Die kommunistische Partei Frankreichs hat in ihren Parteitag abgehalten. Kommunistische Parteitage pflegt man hinter verschlossenen Türen stattfinden zu lassen. Das sieht viel romantischer, revolutionärer aus. Auch in solchen Ländern, wo die Gefahr einer Verfolgung der Kommunisten gar nicht besteht, wird die Defensivität von den bolschewistischen Kongressen ausgeschlossen, um den Anschein zu erwecken, als bereite man große umwälzliche Dinge vor. In Wirklichkeit ist diese Geheimnistuerei nur der bequeme Vorwand, um die eigene Schwäche und Lächerlichkeit den breiten Massen zu verbergen.

Die französischen Kommunisten befinden sich seit Jahren in einem chronischen Zustand der Zerlegung. Sie fanden bereits Ende 1922 vor dem Zusammenbruch, als ihnen das Ruhrabenteuer und die damit verbundenen lächerlichen Verfolgungen einzelner kommunistischer Führer zu neuem Leben verhalf. Aber mit dem Ende des poincaristischen Kurzes mußte notwendigerweise eine neue Krise in den Reihen der KPD ausbrechen. Der Kommunismus, wie ihn die Dritte Internationale aufstellt, kann in Frankreich aus den verschiedensten Gründen keine Wurzeln fassen. In diesem Lande mit vorwiegend kleinbäuerlichem Besitz und ohne eigentliche Landarbeiterbevölkerung gibt es in Wirklichkeit keine Agrarproletariat, und man vermag bestenfalls diese Kleinbauern zu einer gemäßigten Auffassung des Sozialismus zu bekehren, nicht aber zu den gewalttätigen Theorien der Expropriation des Kapitals durch die Diktatur des Proletariats. In Wirklichkeit ist diese Expropriation bereits zum allergrößten Teil längst vollzogen worden, und zwar vor 135 Jahren bei der großen französischen Revolution. Was das köstliche Industrieproletariat betrifft, so muß man besonders seit Kriegsende zwischen den bestgestellten gelehrten Arbeitern und den ungelerten Hilfskräften unterscheiden: erstere sind vor allem Franzosen, die vielfach nebenbei über ein kleines vererbtes Rentnervermögen oder sogar über ein kleines Grundstück draußen vor den Toren der Stadt verfügen; letztere sind zum größten Teil Ausländer, Italiener, Belgier, Polen, Annamiten, Marokkaner usw., und die bilden allerdings für die kommunistische Agitation ein fruchtbares Feld. Aber da sie nicht das Wahlrecht besitzen und allen möglichen Einschränkungen unterworfen sind, bedeuten sie keinen wesentlichen politischen Faktor.

Aber neben den soziologischen Gründen sind es vor allem psychologische Momente, die einer Entwicklung des Kommunismus in Frankreich im Wege stehen: der bolschewistische Begriff der bis zum Kadavergehörigkeit gesteigerten Disziplin verträgt sich mit dem französischen Charakter und Temperament wie das Feuer mit dem Wasser. Deshalb war auch seinerzeit, Ende 1920, bei aller Begeisterung der französischen Sozialisten für die russische Revolution nur ein Teil der Partei unter das Joch der 21 Moskauer Bedingungen geflohen. Es sollte sich aber bald herausstellen, daß auch von denen, die diese 21 Bedingungen angenommen hatten, nur die wenigsten ernsthaft daran dachten, sie peinlich auszuführen, d. h. sich unbedingt den Moskauer Diktatoren zu unterwerfen. Vielmehr traten im Laufe der ersten zwei Jahre nacheinander namhafte Führer der KPD aus der Partei aus, weil sie sich die Prinzipien der Willensvollstreckung der Dritten Internationale, Souveränität, Loslos, Dunois, Monarchie nicht länger gefallen lassen wollten. Eine Führergarnitur nach der anderen, eine Redaktionsgarnitur der „Humanité“ nach der anderen wurde abgesetzt und die meisten der in Ungnade gefallenen kehrten überhaupt der Partei den Rücken.

Indessen trat das Unvermeidliche ein: Wenn Langusten längere Zeit ohne Fraß in einem Korb gelassen werden, dann fressen sie sich selbst schließlich gegenseitig auf. Als die Oberhenker alle diejenigen, die ihnen nicht klavisch zu willen waren, rücksichtslos beseitigt hatten, da fingen sie selbstverständlich an, sich gegenseitig zu klopfen. In der deutschen kommunistischen Partei hat man Ähnliches erlebt; dennoch scheint der Reinigungsfimmel in der französischen Partei noch ganz andere Formen angenommen zu haben. Man intrigierte gegeneinander, man denunzierte sich gegenseitig bei Sinowjew, es wurden heimliche Delegationen nach Moskau geschickt, um die anderen zu entlarven, und so herrschte in der KPD bereits das tollste Durcheinander, als in Moskau die Trotkistische Ausbrach.

Die Kunst der kommunistischen Oberbunzen aller Länder besteht darin, auf das richtige Pferd zu setzen, wenn es in Moskau zu einem Konflikt zwischen zwei Richtungen kommt. So wie die Brandler, Thalheimer und Genossen in der deutschen KPD-Zentrale seinerzeit dafür büßen mußten, daß sie auf Kadel und nicht auf Sinowjew getippt hatten, so begingen Souvarine, Dunois und Genossen den schicksalshweren Irrtum, Partei für Trocki zu ergreifen. Das Bestreben Trokists, etwas mehr „Demokratie“ in die Reihen

Ein neuer Justizskandal

Berlin, 4. Febr. Im Beleidigungsprozeß Werner d. Barff gegen Krüger wurde Landesgerichtsdirektor Krüger wegen formaler Beleidigung zu einer Geldstrafe von 3000 Mark, im Nichtbeitragsfall mit einem Tag Gefängnis für je 60 M. verurteilt.

(Landesgerichtsdirektor Krüger hatte sich bekanntlich erlaubt, das Fehlurteil im Magdeburger Verleumdungsprozeß, insbesondere die merkwürdige Urteilsbegründung in einem Zeitungsartikel zu kritisieren. Die Red.)

Berlin, 5. Febr. (Eigener Funddienst.) Das Urteil in dem Prozeß Werner d. Barff hat folgenden Wortlaut: „Was die angelegten Verleumdungen des Landesgerichtsdirektors Werner d. Barff in Cottbus anbelangt, so mögen sie wahr oder falsch sein. In der Urteilsfindung der vorliegenden Sache können sie überhaupt nicht in Betracht kommen. Gegen den Landesgerichtsdirektor Schulz lag nach dieser Richtung hin überhaupt nichts vor. Das Gericht hat ausführlich die Motive geprüft, die den Angeklagten zu seiner Handlung veranlaßten. So hat das Gericht angenommen, daß der Angeklagte im Affekt gehandelt hat, hinsichtlich einer Geldstrafe von 3000 M. oder je 1 Tag Haft für je 60 M. bezurteilt. Dem Nebenkläger wird die Genehmigung der Veröffentlichung des Urteils in der „Völkischen Zeitung“ in der „Deutschen Richterzeitung“ und in der „Magdeburger Zeitung“ erteilt.“

Umgruppierung der englischen Besatzung

Edin, 4. Febr. Die in Wermelskirchen stationierten englischen Truppen werden, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, am Samstag, den 7. Februar, die Stadt endgültig verlassen. Wermelskirchen, das seit 1918 englische Besatzung hat, wird damit von Truppen frei. Auch die in Ohligsbach liegenden englischen Truppen, die die Kontrolle am Bahnhof ausüben, werden am 7. Februar zurückgezogen und ihren in Edin liegenden Truppenverbänden überwiesen werden. Die von ihnen besetzten Baracken werden am Freitag der Stadtverwaltung übergeben.

Engelskirchen, 4. Febr. Seitens des englischen Kreisdelegierten in Solingen wurde der hiesigen Stadtverwaltung mitgeteilt, daß die gesamte englische Besatzung am Samstag mittag von hier zurückgezogen und vorher die von den Engländern besetzten Unterkunftsräume der Stadtverwaltung zurückgegeben werden.

der kommunistischen Internationale zu bringen, entsprach durchaus den Lebensnotwendigkeiten der französischen kommunistischen Bewegung. Inzwischen ist bekanntlich Trotzki in seinem Kampfe gegen das Triumvirat Sinowjew-Stalin-Kamenew glatt unterlegen und inzwischen abgesetzt worden. Das Bestreben des Triumvirats geht jetzt dahin, alle diejenigen in den Parteien der Dritten Internationale, die sich durch „Trozkismus“ verdächtig gemacht haben, rückwärts auszusumern. In der deutschen Partei hat diese Reinigungsaktion bereits eingesetzt, in der französischen Partei ist sie auf dem jüngsten Kongress vollzogen worden. Da Moskau über die Kasse verfügt, ohne die die kommunistischen Parteien nirgends lebensfähig sind, war es klar, daß die Trozkiisten auch in Frankreich samt und sonders abgesetzt werden würden. Die „Summe“, die allein in der Lage war, über den geheimen Parteitag ausführlich zu berichten, hat begeisterte Schilderungen dieser Tagung veröffentlicht, die eine „entscheidende Etappe auf dem Wege zur Bolschewisierung“ der KP. gewesen sei. Gleich in der ersten Nummer über die Gründungsjahre brachte sie einen großen Vorkurs: „Die internationale Rechte entlarvt!“ Auf wen bezog sich das? Auf die sozialistische Internationale, auf die Amsterdamer Internationale? Weit gefehlt! Es waren damit gemeint: Trotzki, Souvarine, Loriot, Dunois usw.

Die ganze Geschichte ist umso komischer, wenn man bedenkt, daß die neuen Diktatoren Leute sind ohne jede politische, s. L. mit sehr trüber Vergangenheit. Es sind dies eine Frau, die sich Suzanne Girault nennt, das französische Gegenstück zu Ruth Fischer, nur, daß kein Mensch weiß, woher sie stammt und ob sie nicht in Wirklichkeit Ruffin ist. Vor allem aber herrscht über die französische kommunistische Partei ein gewisser Traint, der ursprünglich Lehrer, sodann Hauptmann in der französischen Armee war und von dem nachgewiesen ist, daß er noch im Sommer 1920 sich darum bewarb, als französischer Instruktionsoffizier in das polnische Heer gegen Sowjetrußland einzutreten! Als diese Geschichte später herauskam, und er deshalb aus der Partei ausgeschlossen werden sollte, kam er auf den rettenden Einfall, zu erzählen, er hätte damit nur Spionagedienste zugunsten der Roten Armee gegen die Polen beabsichtigt. Es wurde ihm geglaubt! Jetzt aber rächt er sich an all denen, die ihm wegen dieser dunklen Geschichte einst nicht recht trauten, und er läßt sie aus der Partei hinauswerfen.

Es wird später eine dankbare Aufgabe der Satiriker sein, die Geschichte der Parteien der Moskauer Internationale zu schreiben. Der gesunde Menschenverstand spricht dafür, daß diese Hanswürste über kurz oder lang vollständig abgewirtschaftet haben werden. Einstweilen gibt es leider noch immer deutsche Arbeiter, die blindlings der Ruth Fischer, dem Scholem und der „Roten Fahne“ nachlaufen — warum soll es in Frankreich keine Leute geben, die das Heil der Revolution von Suzanne Girault, von Traint und von der „Summe“ erwarten?

Erhöhung der Personentaxen bei der Reichsbahn

Da die Arbeiterschaft der Reichsbahn den Lohn- und Gehaltsbewegung im Laufe des Jahres 1922 gegenüber den nächsten Tagen zu Lohnverhandlungen zwischen der Reichsbahnverwaltung und den Eisenbahnarbeitern kommen. Da wenig Aussicht besteht, daß die Lohn- und Gehaltsbewegung werden kann, ist die Reichsbahnverwaltung zu dem Entschluß gekommen, die Personentaxen zu erhöhen, die durch die Erhöhung ihrer Einnahmen auszugleichen. An zuständiger Stelle wurde, der „Frankfurter Zeitung“ zufolge, erklärt, daß dies nur möglich sei durch eine Erhöhung der Personentaxen um mindestens 10 Proz., da die Gültertaxen im Augenblick eine weitere Belastung nicht vertragen.

Wenn sich die Lohn- und Gehaltsbewegung im Laufe des Jahres 1922 gegenüber den nächsten Tagen zu Lohnverhandlungen zwischen der Reichsbahnverwaltung und den Eisenbahnarbeitern kommen. Da wenig Aussicht besteht, daß die Lohn- und Gehaltsbewegung werden kann, ist die Reichsbahnverwaltung zu dem Entschluß gekommen, die Personentaxen zu erhöhen, die durch die Erhöhung ihrer Einnahmen auszugleichen. An zuständiger Stelle wurde, der „Frankfurter Zeitung“ zufolge, erklärt, daß dies nur möglich sei durch eine Erhöhung der Personentaxen um mindestens 10 Proz., da die Gültertaxen im Augenblick eine weitere Belastung nicht vertragen.

Wenn sich die Lohn- und Gehaltsbewegung im Laufe des Jahres 1922 gegenüber den nächsten Tagen zu Lohnverhandlungen zwischen der Reichsbahnverwaltung und den Eisenbahnarbeitern kommen. Da wenig Aussicht besteht, daß die Lohn- und Gehaltsbewegung werden kann, ist die Reichsbahnverwaltung zu dem Entschluß gekommen, die Personentaxen zu erhöhen, die durch die Erhöhung ihrer Einnahmen auszugleichen. An zuständiger Stelle wurde, der „Frankfurter Zeitung“ zufolge, erklärt, daß dies nur möglich sei durch eine Erhöhung der Personentaxen um mindestens 10 Proz., da die Gültertaxen im Augenblick eine weitere Belastung nicht vertragen.

Die blosgestellten völkischen Verleumder

Wochenlang haben die Nationalsozialisten jetzt schon mit dem Hinweis hauferten, daß sie „schwerwiegendes Material“ gegen Parlamentarier der Linksparteien besäßen, die im künftigen Verleumder mit Wismar beauftragt hätten. Als der Abgeordnete Graefe vor wenigen Tagen sich der gleichen Dinge von der Tribüne des Reichstags herab bediente, wurde ihm wiederholt ausgerufen: Heraus mit dem Material! Aber bis heute hat die Öffentlichkeit von diesem Material nichts verspürt! Jetzt hat der Vorsitzende des Wismar-Ausschusses im Reichstags-Dr. Saenger, an die Nationalsozialistische Freiheitspartei

ein Schreiben gerichtet, in dem er um die Ueberrückgabe des Materials bittet, damit die Unterfuchung ordnungsgemäß geführt werden kann. Was aber geschieht? Die Verleumder zweifeln, sie können es ab, ihr „Material“ auszubändigen und verhandeln sich zur Begründung dieser Abrechnung hinter geradezu lächerliche Ausreden. Pöblich betrachten sie den Wismar-Ausschuss als parteilich, und deshalb wollen sie ihr Material auch „weiterhin lediglich der zuständigen Staatsanwaltschaft übergeben“.

Den Herren Verleumdern in der Ludendorff-Partei scheint hier ein kleiner Irrtum unterlaufen zu sein. Tatsächlich sind sie gar nicht im Besitz von „Material“. Vielleicht hatten sie gehofft, daß ihnen der völkische Staatsanwalt, der die Unterfuchung leitet, dazu verhelfen würde. Hat er es abgelehnt, weil dieses Material zu dürftig war und sich eine Aktion nicht lohnte? Das Material der Völkischen ist in Wirklichkeit das Material des Staatsanwalts. Wäre es anders, dann hätten die Verleumder jetzt wahrhaftig allen Grund, damit vor der Öffentlichkeit zu erscheinen. Ihr Agitationsbedürfnis ist im übrigen so groß, daß sie sich nicht mit dem geringsten Vorwurf zurückhalten würden, wenn sie irgend eine Beschuldigung gegen linksgerichtete Parlamentarier erheben könnten. Jedenfalls ist auch jetzt wieder einmal bewiesen, daß die Völkischen in erster Linie von der Verleumdung leben.

Heil dir im Bürgerblut...

Der Kronprinz, demontriert.

Wie dem „Berliner“ aus Breslau berichtet wird, hat der frühere Kronprinz sich am letzten Samstag zum erstenmal seit seiner Rückkehr nach Oels zur Teilnahme an einer politischen Demonstration hinzugefügt. Er erschien bei einer öffentlichen Kundgebung des sächsischen Landvolkes in Breslauer Firkund, wurde dort feierlich empfangen und von der Versammlung mit einer großen Ovation begrüßt. Der Hauptredner der Landvolksversammlung war der deutsche Nationalsozialist Freyherr von Nitzsche. Der Inhalt der Rede und Entschlüsse wurde veröffentlicht. Der Inhalt der Rede und Entschlüsse wurde veröffentlicht. Der Inhalt der Rede und Entschlüsse wurde veröffentlicht.

Wie dem „Berliner“ aus Breslau berichtet wird, hat der frühere Kronprinz sich am letzten Samstag zum erstenmal seit seiner Rückkehr nach Oels zur Teilnahme an einer politischen Demonstration hinzugefügt. Er erschien bei einer öffentlichen Kundgebung des sächsischen Landvolkes in Breslauer Firkund, wurde dort feierlich empfangen und von der Versammlung mit einer großen Ovation begrüßt. Der Hauptredner der Landvolksversammlung war der deutsche Nationalsozialist Freyherr von Nitzsche. Der Inhalt der Rede und Entschlüsse wurde veröffentlicht. Der Inhalt der Rede und Entschlüsse wurde veröffentlicht. Der Inhalt der Rede und Entschlüsse wurde veröffentlicht.

Hausbesitzer-Offensive gegen den Mieterchutz

Der bekannte Hausbesitzerführer Sumar, München, hat dem Reichswirtschaftsrat Anträge unterbreitet, die darauf hinauslaufen, die Wohnungszwangswirtschaft restlos aufzuheben. Die Anträge beziehen sich auf das Mieter- und Wohnungsmangelgesetz. Das Mieter- und Wohnungsmangelgesetz soll nur zwei wesentliche Paragraphen enthalten. Die Kündigung soll für den Mieter eines Kalendervierteljahres zulässig sein. Der Mieter soll nur berechnigt sein, bei Kündigung das Amtsgericht zur Entscheidung über die Wirksamkeit der Kündigung anzurufen. Es soll aber nur ein Richter entscheiden, und zwar nach dem Grundlag der Billigkeit. Nähere Bestimmungen sind nicht erwähnt. Das Wohnungsmangelgesetz hat drei wesentliche Paragraphen. Danach soll der Verfügungsberechtigte berechnigt sein, frei werdende Wohnungen durch freie Vereinbarung neu zu vermieten; die Auswahl der Mieter soll dem Verfügungsberechtigten überlassen bleiben, und ein Leihzins soll nur möglich sein, wenn die Hauseigentümer bezw. die Verfügungsberechtigten ihre Zustimmung geben. Im übrigen sollen Mieter- und Wohnungsmangelgesetz außer Kraft treten.

Zu diesem Generalantrag auf die Mieter- und Wohnungsmangelgesetz schreibt die „Völkische Zeitung“:

„Man stelle sich vor: in Deutschland fehlen rund 1 1/2 Millionen Wohnungen. Die Wohnungsämter sind überfüllt, tausende von Wohnungssuchenden eingetragene, die seit Jahren darauf warten, in den Besitz eines eigenen Heims oder aus über menschenwürdigen Wohnungen heraus in eine größere Wohnung zu kommen. Flüchtlinge und Opstanten aus den abgetretenen Gebieten wohnen seit Jahren in Baracken, Notwohnungen oder haben bei mitleidigen Menschen Aufnahme gefunden. Die Jungverheirateten der letzten 5 Jahre warten immer noch vergebens auf eine Wohnung. Und nun soll plötzlich der Hauseigentümer nicht nur das Recht haben, seinen Mietern zum Schluss eines Kalendervierteljahres zu kündigen, sondern es soll ihm auch überlassen sein, die Auswahl der Mieter zu treffen. Wird es Möbelschuppen genug geben, um all denen den Amzug zu befähigen, die schon zu dem nächsten zulässigen Termin aus der Wohnung gesetzt werden? Wird es Gerichtsvollzieher und Schulpolizei genug geben, um all die zwangsweise herauszubringen, die nicht freiwillig gehen, weil sie keine Ersatzwohnungen gefunden haben? Die Bestimmungen über Ersatzwohnungen soll nämlich fallen. Wird es in Großstädten nicht zu Mord und Totschlag kommen, wenn dem Antrag Sumars stattgegeben wird und er sich auswirken wird? Es werden dann zunächst all die herausgesetzt werden, die im Laufe der letzten Jahre irgend welche Differenzen mit dem Eigentümer hatten. Es werden die Kinderreichen und die Minderbemittelten obdachlos werden, und sie werden auch alle keine neue Aufnahme finden, weil ja die Auswahl der Mieter den Verfügungsberechtigten überlassen bleibt. Die Möglichkeit, auf den Vermieter einen Zwang auszuüben, eine obdachlose Familie aufzunehmen, gibt es dann nicht mehr. Diese Dinge muß man sich gegenwärtig, und man wird selbst einsehen, daß von einer Aufhebung des Mieter- und Wohnungsmangelgesetzes und Wohnungsmangelgesetzes zur Zeit gar keine Rede sein kann. Wenn auch die Dauswirte auf ihrer letzten Tagung erklärt haben, daß sie jetzt ernsthaft gewillt sind, die Fesseln zu sprengen, die Innenminister ihnen auferlegt habe, und wenn Sumar als erster Vorwärtler erklärt hat, der Hauptverbandstag werde im Zeichen des offenen Kampfes gegen die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen, dann darf sie das nicht veranlassen, bei der

Interessenverteilung das Wohl der Gesamtheit aus dem Auge zu lassen und Anträge einzubringen, von denen sie sich vorn berein wissen, welche ungesunden Folgen sie nach sich ziehen.“

Nicht ganz so weit wie die radikalen Hausbesitzer will die Deutsche Volkspartei mit einem im Reichstag eingebrachten Antrag gehen, der die Einführung der Friedensmiete am 1. Juli 1925 und Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft im Jahre 1926 verlangt. Auch dieser Antrag darf keine Mehrheit finden, weil seine Folgen nicht abzusehen sind. Die Mieter müssen rechtzeitig zur Abwehr rücken!

Aus dem Untersuchungsausschuss der Wismar-Kaufmännler-Affäre

Der preussische Untersuchungsausschuss für die Wismar-Kaufmännler-Affäre setzte am Dienstag seine Verhandlungen fort. Am 4. März 1919 wurde der frühere Präsident der Seehandlung von Dombas über den Geschäftsgang der Seehandlung unter seiner Leitung und insbesondere über die Kreditverteilung im Falle Kaufmännler und Wismar befragt. Seine Aussagen bilden eine Vorstudie für die Behauptung, daß die gegenwärtig zur Debatte stehenden Affären nie möglich gewesen wären, wenn die Seehandlung ordnungsgemäß gearbeitet hätte und bei der Vergebung von Krediten um genügende Deckung bemüht gewesen wäre. Im Anschluß an die Vernehmung des früheren Präsidenten der Seehandlung wurde in die Vernehmung des Abg. Hellmann eingeleitet. Er gab einleitend einen längeren Bericht über seine Bekanntschaft mit Julius Wismar, dem er am 4. März 1919 kennengelernt hat. Hellmann war damals Berliner Vertreter des Blattes „Der Volk“, zu dessen Gründung Julius Wismar 250 000 Mark zur Verfügung gestellt hatte, ohne aber direkten journalistischen Einfluß auf das Blatt zu gewinnen. Anfang März 1919 kam Wismar nach Berlin, um hier eine Rotationsmaschine und deutsches Papier für die erwähnte Zeitung einzukaufen. Er ließ Hellmann bei dieser Gelegenheit mitteilen, daß er ihn kennenlernen möchte. Dessen Wunsch hat Hellmann entprochen und ist dann am 4. März wieder nach Weimar zurückgekehrt, wo er damals der Sitzungen der Rotationsmaschinen als Presserevisor beizuhöhen. Ich selbst habe während des sechsmonatigen, sehr häufigen Verkehrs mit Wismar einen sehr guten Eindruck von ihm gewonnen. Meine Parteigenossen Müller und Wels haben im Mai 1919 anlässlich einer Intern. Konferenz in Amsterdam Wismar kennengelernt. Was die Wismar-Affäre anbelangt, so ist zu bemerken, daß Wismar schon früher in Deutschland gewesen ist. Die Poststelle in Amsterdam hat ihm nach dem Abzug des Blattes das Amt erteilt. Ich habe das Amt gesehen für den Zeitraum März und April. Ein Daueramt wurde von der deutschen Seehandlung im Haag abgelehnt, und zwar mit der Erklärung, daß ein solches Amt nur das Auswärtige Amt in Berlin ausstellen könne. Ein Ansehen, hochdemokratischer Generalanwalt in Holland zu werden, hat Wismar abgelehnt, weil er nicht Vollstreckung war. Gewandert habe ich mich über einen Vorfall, daß Wismar eines Tages während des Lagerungszeitraumes nach Amsterdam telephonieren konnte. Er sagte mir, er brauchte eines Gläubigers des Herrn von Küttwig vom Korpskommando, nach Amsterdam zu telephonieren. Bei dieser Gelegenheit hat Wismar dem Abnutanten des Herrn v. Küttwig, den Krüger des Namens eines alten Bekannten, kennengelernt. Dieser erklärte ihm, er werde aus der Reichswehr entlassen und wolle sich eine neue Erziehung in Südamerika schaffen. Er habe zu niemandem in Deutschland ein solches Vertrauen wie zu Wismar. Dieser stellte ihm die erforderlichen Mittel zur Verfügung. Der Offizier ging dann nach Südamerika und hat dann im Jahre 1922 das Darlehen zurückgezahlt.

Aus dem Verkehr Wismars mit dem Reichspräsidenten: Nach der Konferenz von Amsterdam sollte Wismar nach Berlin zurück. Er wies ein Schreiben eines hervorragenden belgischen Politikers an, in dem dieser bat, ihm, dem belgischen Politiker, mitzuteilen, welche besonderen Wünsche die Sozialdemokratie für die Friedensverhandlungen in Versailles hätte. Er wolle diese Wünsche dem sozialistischen Vertreter Belgiens auf der Versailler Konferenz übermitteln. Deshalb wurde Wismar über die Versailler Konferenz übermittelte. Deshalb wurde Wismar über die Versailler Konferenz übermittelte. Deshalb wurde Wismar über die Versailler Konferenz übermittelte.

Heilmann bespricht dann die Beziehungen zwischen dem Sohn Ehrers und Wismar. Die verhängnisvolle Affäre, die gegen ihn wegen seiner Stellung in der Reichszentrale für Heimatdienst gerichtet worden seien, hätten ihm diese Stellung verliehen. Er wolle gerne ausscheiden und suche eine andere Tätigkeit. Deshalb warte er sich eines Tages ohne Vorwissen von ihm, Heilmann, an Wismar und fragte, ob er nicht in seinem Betriebe eine Stellung finden könne. Wismar habe nicht ja und nicht nein gesagt, sondern ihn gebeten, einmal zur Bremer Privatbank zu gehen und mit deren Leitern zu verhandeln. Daraufhin sei Herr Ebert jun. vom Leiter der Bremer Privatbank engagiert worden, zum Zweck, ein sozialpolitisches Referat für den gesamten Kongress aufzugeben. Das sei im Herbst 1922 gewesen. Solange dieses sozialpolitische Referat über nicht bestanden, sollte Ebert jun. in der Buchhaltung arbeiten und zwar zu einem Gehalt von 900 Mark monatlich. In der Buchhaltung sei er 1 1/2 Monate beschäftigt gewesen, die Tätigkeit habe ihm aber wenig bezaugt und er habe am 28. November an Wismar geschrieben, er möchte austreten, weil er das Tätigkeitsfeld als für ihn nicht geeignet finde.

Ein gerichtliches Nachspiel zur Verfassungsauffassung

München, 3. Febr. (Sp. Bericht.) Da die Polizeidirektion in München im August 1922 dem Sozialdemokratischen Verein München die Feier des Verfassungstages verboten hatte, wurde die Veranstaltung auf dem 40 Kilometer südlich von München liegenden Tautenberg abgehalten. Als nach Beendigung der Feier ein Teil der Genossen mit Postkoffern und Fahrzeugen durch die Gegend fuhr, kam es durch das heraufstürmende Verhalten der Bayern zu einem Zusammenstoß, wobei der Abgeordnete

Schneiders Schuß aus München den Bauern Bastian mit einem griffelnden Messer erschossen hat. Der Verfall hatte eine Anklage vor dem Schwurgericht München zur Folge, vor dem sich am Dienstag die Arbeiter Wilhelm und Johann Kant, Michael Heinrich, Andreas Fischbacher und Heimmund Schüss, alle aus München zu verantworten hatten. Die Anklage lautet auf vorsätzliche Tötung. Aus der Zeugnisaussage ergab sich, daß die Republikaner, als sie durch Polizisten geführt, als Sowjetrevolte beschimpft und angepöbel wurden. Die Angeklagten haben teilweise in Notwehr gehandelt. Der Staatsanwalt beantragte für die vier ersten Angeklagten je 15 Monate Gefängnis, für Schüss 5 Jahre Zuchthaus, und erklärte, man müsse den Angeklagten mildere Umstände zubilligen, da sie im Felde in hervorragender Weise ihre Pflicht als deutsche Soldaten erfüllt hätten. Der Verteidiger verlangte Freisprechung für alle. Das Urteil lautet für Fischbacher auf Freisprechung, die beiden Brüder Kant und Heinrich erhielten je 6 Monate Gefängnis, Schüss wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang 3 Jahre 6 Monate Gefängnis, wovon 5 Monate für erlittene Unterjuchung abgehen.

Deutscher Reichstag

Berlin, 4. Febr.

Am Regierungstisch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns. Präsident Lohde eröffnet die Sitzung um 3.20 Uhr. Das Abkommen mit Polen über die Vergrößerung von Bauwirtschaft im Dorfe kurzgefaßt im Kreis Marleneverder durch Polen wird in erster und zweiter Lesung angenommen. Abg. Schuss-Bromberg (D.M.) kündigt für die dritte Lesung harte Beschwerden seiner Freunde gegen die Polen an. Die Verhältnisse in den Grenzgebieten bedürfen dringend der Verbesserung. Die polnische Grenzabteilung gebe in unersättlicher Weise ohne Recht und aus reiner Willkür gegen die friedliche deutsche Bevölkerung vor, wo sie sie treffen, schleppe sie dieselbe ins Gefängnis und erlöse sie sogar. Das Abkommen sei das Schlußglied einer Kette von vertragswidrigen Festsetzungen der Weichselgrenze, in der entgegen eines feierlichen Abkommens Schrecken der freie Zugang zur Weichsel genommen wird. Darauf wird die zweite Lesung des Reichshaushalts fortgesetzt beim Reichsarbeitsministerium. Verbunden damit werden zahlreiche Anträge über die Arbeitszeit.

Abg. Schneider-Verein (Dem.), bemängelt die viele überflüssige Schreibarbeit, die in den Ministerien geleistet werde. Frischer Geist in die Sozialpolitik könne nur durch demokratische Gedankengänge kommen (Rede rechts). Die Schäden der Arbeitzeit müssen beseitigt werden. Aber nicht nur das Ministerium, sondern auch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer brauchen einen neuen Geist in der Sozialpolitik. Die Arbeitsverhältnisse müssen endlich fertiggestellt werden. Entscheidend sei in den Briefen der Arbeiter die Drang nach Arbeit. Die Regierung müsse endlich festlegen, in der Angelegenheit und Unzufriedenheit. Die Frage der Arbeitszeit sei eine Kulturangelegenheit. Der Redner fordert Verrückung des jetzigen Systems der Lohnsteuer. Auf Antrag der Parteien werden nunmehr noch etwa 50 Interpellationen und Anträge, welche Arbeitsfragen betreffen, mit zur Verhandlung gestellt.

Abg. Dreiwitz (Mittgl.) schließt die schwere wirtschaftliche Lage des Mittelstandes und fordert nachdrücklich Hilfe für Gewerbe und Handwerk. Die Lehrlinge müßten zunächst erzogen werden. Das ganze heutige Elend sei auf eine verkehrte Wirtschaftspolitik zurückzuführen. Die Arbeitgeber in Reichshandel und Gewerbe wehrten sich gegen eine Ueberprüfung der Sozialpolitik.

Abg. Schwarz (Bauh. Sp.) dankt der Regierung für ihre sozialpolitischen Erklärungen. Dadurch sei die Befriedigung eines Reichstages in der Sozialpolitik beseitigt worden. Auch das Reichsamt des Reichsarbeitsamtes auf seinem Posten sei eine Gewähr für eine erfolgreiche Fortentwicklung der sozialen Interessen. In der Unfallversicherung müßten die berechtigten Forderungen der Rentenanwärter, und der Hinterbliebenen endlich durch organische Formen erledigt werden. Abg. Ehrlich (M.) bezeichnet es als dringende Notwendigkeit, das Rüstzeug der Arbeiter wieder herauszubringen. Nur dann könnten wir wirtschaftlich und sozial wieder vorwärts kommen. In den Handels- und Gewerbebetrieben seien die Arbeiter leider nicht vertreten. Der seien die Unternehmer allein die Herren. Der Redner verlangt gründliche Prüfung des Gedanken eines Arbeitsdienstjahres, was die innere Kolonisation erheblich fördern würde. Es sei ein Standal, wenn vielfach heute noch nicht einmal die Vorkriegslöhne bezogen würden. In der Landwirtschaft habe man den Personalabbau mit ungläubiger Brutalität durchgeführt. Darauf nimmt Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

das Wort und gibt einen Ueberblick über die Tätigkeit seines Amtes. Er erwidert an seine Rede im Haushaltsausfluß und lehnt es ab, sich über Dinge zu äußern, die noch im Stadium theoretischer Erwägungen sind. Seine Reden bringen kein praktisches Ergebnis für die sozial Leidenden. Für sie allein kann es nur praktische Arbeit geben. Es sei ein wesentlicher Erfolg, wenn schon kurze Zeit nach dem Zusammenbruch unsere Sozialversicherung auf festen Füßen stand. Nach Verabschiedung des Unfallversicherungsgesetzes würde man überall wieder die Friedensleistungen erreicht haben. Die Reichsregierung werde eine planmäßige und zusammenfassendere Gestaltung der Sozialversicherung nicht aus den Augen verlieren. Es sei eine Notwendigkeit, daß die Arbeiter ihre Forderungen klarstellen, die man nachher wieder forcieren müsse. Der Minister spricht sich für eine baldige endgültige Schaffung der Arbeitslosenversicherung aus. Selbstverständlich könne auch hier nicht allen Wünschen Rechnung getragen werden. Die Leistungen unserer Gewerkschaften hätten sich seit Jahresfrist um rund 100 Prozent erhöht.

Der Minister beschließt sich dann mit der Frage der Arbeitszeit. Die Rettung der deutschen Wirtschaft und Sozialpolitik erfordere die Abschaffung keineswegs in veräuselter Arbeitszeit und verkürzten Löhnen. Die Rechte der deutschen Unternehmer werde auch nicht so furchtbar sein, zu glauben mit solchen Mitteln ihren Platz auf dem Weltmarkt zu behaupten. Die Verlängerung der Arbeitszeit war nur ein Hilfsmittel in der Not. Vollständig falsch sei die Behauptung, daß Anweisungen zur Verdrängung der Löhne gegeben worden sei. Der Minister bedauert, daß sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer noch allzu sehr auf die Verbindlichkeitsklärung einlassen und dem Arbeitsministerium die Verantwortung zuschieben. Zu begründen wäre es, wenn die Beteiligten eigene private Schlichtungsstellen schaffen würden. Voraussetzung dafür sei aber eine wahre Arbeitsgemeinschaft. Gegen ungelungene Kreisermittlungen sei das Arbeitsministerium stets eingeschritten. Die Reichsregierung sei aber nicht verantwortlich, wenn geltende Bestimmungen von den Ländern nicht scharf durchgeführt werden. Auch wenn die Zustüt in der Arbeiterbewegung manchmal verlange, so wäre das nicht Schuld des Reiches und des Arbeitsministeriums. Der schematische Arbeitstag sei für den Arbeitgeber nicht tragbar, auch wenn er Diktator sei. (Gelächter). In der Frage des Washingtoner Übereinkommens sei der Standpunkt der Regierung bekannt. Deutschland beschäufte

keineswegs ein Vorzeichen, welches als soziales Dumping bezeichnet werden könne. Aber auf die besonderen Verhältnisse müsse Rücksicht genommen werden.

Abg. Dr. Roth (Dem.) erhebt Einspruch gegen die Ausführungen des Abg. Siegenwald, die als gegen den Apothekerstand gerichtet aufgefaßt werden könnten.

Abg. Käthe (D.M.) fordert Sicherung des arbeitsfreien Sonntags. Den schematischen Arbeitstag lehne die Industrie des Westens ab. Was die rheinisch-westfälische Industrie mit der Uebernahme der Löhne der Rheinländer geleistet habe, sei eine Großtat gewesen, die Sozialdemokraten hätten damals der Verlängerung der Arbeitszeit zugestimmt. Diese Verlängerung allein habe die Wiedererrichtung der Betriebe gestattet. Die Stabilisierung der Marx und die Rheinländer hätten die Ruhebetriebe, so auch die Firma Krupp um einen wesentlichen Teil der Substanz gebracht.

Abg. Dittmann (Soz.) ist von den Ausführungen des Ministers sehr wenig befricdet. Er stellt in Abrede, daß die sozialdemokratischen Arbeitervertreter seinerzeit der Verlängerung der Arbeitszeit im äußersten Notfall zugestimmt hätten. (Widerpruch bei den Kommunisten.)

Unter großem Beifall des Hauses wird dann Abg. Rödel (Komm.) der Sozialdemokraten Gesundheit und Arbeiterberuf vor. — Weiterberatung Donnerstag nachmittag 1 Uhr. Schluß 8 Uhr.

Badischer Landtag

Staatliche Kreditbürgschaft für die Landwirtschaft — Hagelversicherung und Staat 12. Sitzung. Kt. Karlsruhe, 4. Februar 1925.

Die Einsetzung der heutigen Sitzung bildet die Beantwortung einer Anzahl „freier Anfragen“ durch Regierungsvertreter. Von besonderer Wichtigkeit sind solche Anfragen meistens nicht. Die Antwort wird auch meist von den Beantwortern mehr oder weniger deutlich bemerkbar heruntergelesen, und damit ist dann die Sache erledigt. In der Tagesordnung kommt zunächst ein Antrag auf Strafverfolgung des Abg. Ritter

zur Beratung. Der Antrag ist von der Staatsanwaltschaft Offenbarung gestellt. Es handelt sich ausnahmsweise bei dem Herrn Ritter nicht um ein politisches Vergehen, sondern Herr Ritter hat sich mit noch zwei Mitgegangenen in Offenbarung in einem Kaffee „benommen“; sie verlegten nach Feierabend von einem Wirt die Verabreichung von Getränken. Gegen Ritter soll nun die Anklage wegen Würgens, Bedrohung und grobem Unfug erhoben werden. — Abg. Dr. Manes-Karlsruhe erstattete den Ausschussbericht, der Antrag geht dahin, die Strafverfolgung zu genehmigen. — Abg. Ritter (Komm.) gibt eine weitläufige Darlegung der Vorzeichen. Es handelt sich natürlich auch hier um eine bösartige Verfolgung der armen unschuldigen Kommunisten. — Abg. Dr. Glöner (Dem.) hat prinzipielle Bedenken gegen die Aufhebung der Immunität. — Abg. Marum (Soz.) stimmt zu, aumal Ritter es selbst wünscht. — Abg. Wittmann (Ztr.) teilt den Standpunkt des Abg. Marum, wobei er es als ungewöhnlich bezeichnet, das ein Abgeordneter während der Behandlung seiner Angelegenheit im Saale bleibe und sogar das Wort ergreift. Ein anderer Zentrumsjurist, Abg. Käthe, ist gegen den Antrag. — Der Berichterstatter betonte nochmals, daß es sich auf keinen Fall um eine politische Angelegenheit handele, diese Feststellung habe den Geschäftsordnungsausschuß bei seinem Antrag geleitet. — Der Antrag auf Genehmigung zur Strafverfolgung wird angenommen gegen 14 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Bürgschaft des Landes Baden für Parteien an landwirtschaftliche Organisationen. Den Bericht des Haushaltsausschusses, den wir bereits angedeutet, erstattet Abg. Schöna. Der Ausschuss beantragt, daß den 5 landwirtschaftlichen Kreditorganisationen eine Bürgschaft in höchstens einer Gesamthöhe von 10 Millionen gestattet werde. Das Land Baden übernimmt dabei von der Gesamtsumme 2 Prozent.

Abg. Käthe (Zentr.) schildert in hinreichend bekannter Weise die Not der Landwirtschaft und begründet deshalb dankbar die Hilfe des Ministeriums des Innern; er begründet weiter einen Antrag, daß die vom Staat zu übernehmende Summe statt 2 Proz. 3 Proz. betragen soll. — Abg. Käthe (Ztr.) begründet ebenfalls die Vorlage. Wenn das Jahr 1925 ausfalle wie das Jahr 1924, dann stehe die Landwirtschaft vor derselben Not, in der sie heute steht, und der Staat müsse dann wieder eingreifen. Die Landwirtschaft wird dem Tag begrüßen, an dem sie die Hilfe des Staates einbüßten kann. Den Bauernbund-Antrag lehne das Zentrum ab; er sei ein Ueberhangsantrag. — Abg. Gähler (Komm.) begründet einen Antrag seiner Fraktion, der die Gewährung eines Kredits zu 4 Proz.insen an Kleinbauern verlangt. Von der Annahme des Antrags mache die kommunistische Fraktion ihre Zustimmung zu der Vorlage abhängig.

Abg. Wüder (Soz.) hätte gewünscht, wenn diese Vorlage gemeinsam mit einer Vorlage über Kreditgewährung an Handel, Gewerbe und Konsumgenossenschaften behandelt worden wäre. Den anerkennenden Worten für die Genossenschaften schließen wir uns an. Wir hoffen aber auch, daß man auch Verständnis hat für den genossenschaftlichen Zusammenschluß der Kommunen in der Stadt. Daß die Regierung bei den Millionenbeträgen eine gewisse Vorsicht walten läßt, ist verständlich. Den Antrag auf Kreditgewährung nehmen wir an. Wenn man der Landwirtschaft helfen will, muß man auch Vorher bringen. Wenn es ausfallen würde, daß die kleinen Landwirte wie Abg. Gähler behauptete, so wäre dies bedauerlich und die sozialdemokratische Fraktion müßte sich ihre künftige Stellungnahme vorbehalten. Wir wollen, daß in erster Linie die kleinen Landwirte von der Hilfsmaßnahme profitieren. Abg. Gähler muß aber Beweise bringen für seine Behauptungen; auch die Genossenschaften müssen sich gegen diesen Vorwurf wehren. Im übrigen stimmen wir der Vorlage zu. (Bravo bei den Sozial.)

Abg. Schill (Ztr.) gibt ein Bild über die durch den bad. Bauernverein im letzten Jahre erledigten Kreditverleihen; deren Zahl beläuft sich auf gegen 10.000, daraus gehe hervor, daß nicht nur der Großbetrieb bedroht worden sei. — Abg. Schöna (Dem.) unterstreicht die Mitteilungen des Vordredners durch Angaben von Zahlen von der Landwirtschaftsbank. Die Behauptung, kleine Landwirte würden zurückgewiesen, sei leeres Gerübe. — Abg. Dr. Herfurth (Ztr.) begründet eine Resolution, daß auch die 22 2/3 Landwirte, die den auf Schulzwecklicher Grundlage aufzubauenden Kreditgenossenschaften angehören und in der badischen Landesgenossenschaft organisiert sind, einen Anteil an dem Kredit erhalten. — Abg. Dr. Mathes (D. V.) stimmt der Vorlage und dem Antrag des Landbundes zu. — Ministerdirektor Dr. Peers lehnt eine Bindung der Regierung durch die Resolution Dr. Herfurth ab. — In der folgenden Abstimmung wird der kommunistische Antrag gegen die Antragsteller abgelehnt. Der Landbundes-Antrag wird angenommen. Der Gegenentwurf wurde jedoch bei Enthaltung der Kommunisten angenommen. — Der Antrag Herfurth wird bei zahlreichen Enthaltungen angenommen.

Zu letzterem Antrag erklärt Abg. Marum (Soz.), daß die soziald. Fraktion sich deshalb der Stimme enthalte, weil nicht zu sehen sei, was hinter der Landesgenossenschaft stehe. Es sollen Großkapitalisten sein. Ueber die Abhör der Rechnung des Rechnungshofes erstattet Abg. Herfurth einen kurzen Bericht. Die Abhör wird ohne Debatte genehmigt. Die Beratung des Antrags des Landbundes, 300.000 Mark in den Nachtrag zum Voranschlag zur Förderung und Verbilligung der Hagelversicherung einzustellen, erstattet Abg. Herfurth dem Ausschussbericht. Der Antrag des Haushaltsausschusses lautet, die Regierung zu ersuchen, 1. in den Nachtrag zum Staatsvoranschlag 1924/25 zwecks Auffüllung des Hagelversicherungsfonds den Betrag von 130.000 M einzustellen und ferner für das Jahr 1925 von der Nachtragsumme 20 Proz. aus Staatsmitteln zu beden; 2. dem Landtag eine Denkschrift über die Einführung der obligatorischen Hagelversicherung vorzulegen. — Der Antrag des Haushaltsausschusses wird ohne Debatte einstimmig angenommen. — Um 1/2 8 Uhr wird die Sitzung abgebrochen und die nächste Sitzung auf Donnerstag vormittag 1/2 9 Uhr festgesetzt.

Der erste parlamentarische Abend in dieser Landtags-sitzung fand am Dienstag abend in Gegenwart vieler Abgeordneten und einer größeren Anzahl geladener Gäste statt. Prof. Dr. Curtius aus Heidelberg hielt einen interessanten und geistvollen Vortrag über die nationale Erneuerung Frankreichs 1871—1914. Er dürfte recht haben, wenn er u. a. bemerke, daß wir uns in Deutschland leider viel zu wenig mit dieser Frage befäßt hätten. Wir hätten dann manchen Problemen, die während des Weltkrieges auftauchten, anders gegenübergestellt.

Beim nachfolgenden zwanglosen Beisammensein spielte die Vereinerung der badischen Politikminister einige angenehm melodisch klingende Weisen.

Aus der Partei

Bekanntmachung des Parteisekretariats Karlsruhe. Veranstaltungen finden statt: Weiber, A. Bruchsal: Freitag, den 6. Februar, abends 8 Uhr, Parteiverammlung mit Vortrag des Gen. Trints. Alle Genossen, Anhänger und Freunde unserer Bewegung sind willkommen. Mörich, A. Ettlingen: Samstag, 7. Februar, abends 7 Uhr, öffentlicher Vortrag im „Löwen“. Gen. Prof. Wilhelm-Karlsruhe spricht über „Die Entschöpfung der Welt und des Lebens“. Zahlreicher Besuch aus allen Kreisen der sich für den Vortrag Interessierenden wird erwartet. Mörich: Samstag, 7. Februar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Trints, Thema: „Zweck und Ziel der modernen Arbeiterbewegung“. 2. Der liturgische Vortragsabend. Die Anwesenheit aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich. Zu dem Vortrag sind auch alle Anhänger und Freunde unserer Bewegung und alle Volksfreunde willkommen. Offenau: Samstag, den 7. Februar, abends 8 Uhr, im „Rundinger“ Vortrag des Landgerichtsrats Gen. Dr. Kullmann-Karlsruhe über „Politik und Recht“. Alle Genossen und Genossinnen, alle Anhänger und Freunde unserer Sache sowie alle Volksfreunde werden erwartet. Muggensturm: Sonntag, 8. Februar, mittags 1 Uhr, Mitgliederversammlung im „Lamm“ mit Vortrag des Gen. Trints. Thema: „Die Gefahren der Rechtsregierung für die Arbeiterfrage“. Alle Genossen, alle Anhänger und Freunde unserer Bewegung sind hierzu eingeladen. Weinarten: Sonntag, 8. Februar, mittags 1/2 2 Uhr, im „Köhlle“ öffentlicher Vortrag des Gen. Dr. Enleer-Karlsruhe. Thema: „Bau- und Wohnungsfragen“. Hierzu sind alle sich für den Vortrag Interessierenden einzuladen. Die Genossen werden gebeten, für zahlreiche Besuch zu sorgen. Ettlingen, A. Kallstadt: Sonntag, 8. Februar, mittags 3 Uhr, im „Strauß“ öffentlicher Vortrag des Gen. Herfurth-Karlsruhe. Thema: „Der Kampf um Berechtigung, Freiheit und Frieden in der Arbeiterfrage“. Es wird gebeten, für den Besuch zu werben. Muggensturm: Sonntag, 8. Februar, abends 1/2 7 Uhr, Mitgliederversammlung mit Vortrag des Gen. Trints. Hierzu sind alle Freunde und Anhänger unserer Sache eingeladen, vor allem Dingen aber wird vollzählige Ersache der Genossen erwartet. Linsenhelm: Sonntag, den 8. Februar, mittags 3 Uhr, öffentlicher Vortrag in der „Krone“ über „Rebel und Bismarck“. Referent: Schulinspektor Gen. Reinmuth-Karlsruhe. Alle sich für den Vortrag Interessierenden sind eingeladen, vor allen Dingen aber werden die Genossen und Genossinnen erwartet. Trints, Parteisekretär.

Tenishausverein, Soz. Verein. Sonntag, 8. Febr., nachmittags 3 Uhr, findet in der „Blume“ eine Mitgliederversammlung statt. Es wird erwartet, daß sämtliche Genossen dazu erscheinen.

Gemeindedeposit

Waldbrunn. Bürgermeister Otto Schürich ist jetzt von seinem Amte zurückgetreten, weil der Bürgerauschuß wiederholt den Gemeindevoranschlag 1924/25 ablehnte, der einen Umlagefuß von 100 Pfg. gefordert hatte. Dieser Voranschlag wurde von den Gemeindegliedern dahin geändert, daß eine Umlage von 85 Pfg. für 100 M Steuerwert erforderlich wird.

Neuregelung des Straßenverkehrs in Magdeburg. Der Polizeipräsident von Magdeburg hat mit sofortiger Wirkung vom 8. Januar ds. J. eine neue Verkehrsverordnung erlassen. Die neue Verordnung erklärt zwei Straßen zu Eisenbahnstraßen und sehr genaue Bestimmungen für das Rechtsfahren, Nebeneinanderfahren, Ueberholen und Zeigengehen fest. In fünf der Hauptverkehrsstraßen dürfen Fußwege in der Zeit von 10 Uhr morgens bis 8 Uhr abends nur auf die Dauer des Ein- und Aussteigens oder des Be- und Entladens halten. In den wichtigsten Verkehrsstraßen ist ferner Straßenhandel verboten und das Umhertragen von Plakaten (wandernde Plakate) der Genehmigung der Polizeibehörde unterstellt. Auch zum Schutz des Fußgängers sind besondere Bestimmungen erlassen.

Wohnungsbaufür Minderbemittelte. Die sozialdemokratische Fraktion im Berliner Rathhaus beantragt erneut eine zweite Rate von 5 Millionen Mark für den Wohnungsbaufür Minderbemittelte in der Form von billigen Spartenhypotheken zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag wird in der Berliner Stadtverordnetenversammlung heftige Auseinandersetzungen über die gesamte Wohnungsbaupolitik zur Folge haben. Die Reichsparteien wehren sich mit Händen und Füßen dagegen. Die Reichsparteien wehren sich mit Händen und Füßen dagegen, daß die Stadt den Wohnungsbauf selbst in die Hand nimmt. Trotzdem besteht die Aussicht, daß mit Hilfe des Zentrums auch diese neue Zuwendung von 5 Millionen von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wird.

Die sozialdemokratische Fraktion im Berliner Rathhaus beantragt erneut eine zweite Rate von 5 Millionen Mark für den Wohnungsbaufür Minderbemittelte in der Form von billigen Spartenhypotheken zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag wird in der Berliner Stadtverordnetenversammlung heftige Auseinandersetzungen über die gesamte Wohnungsbaupolitik zur Folge haben. Die Reichsparteien wehren sich mit Händen und Füßen dagegen. Die Reichsparteien wehren sich mit Händen und Füßen dagegen, daß die Stadt den Wohnungsbauf selbst in die Hand nimmt. Trotzdem besteht die Aussicht, daß mit Hilfe des Zentrums auch diese neue Zuwendung von 5 Millionen von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wird.

Die sozialdemokratische Fraktion im Berliner Rathhaus beantragt erneut eine zweite Rate von 5 Millionen Mark für den Wohnungsbaufür Minderbemittelte in der Form von billigen Spartenhypotheken zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag wird in der Berliner Stadtverordnetenversammlung heftige Auseinandersetzungen über die gesamte Wohnungsbaupolitik zur Folge haben. Die Reichsparteien wehren sich mit Händen und Füßen dagegen. Die Reichsparteien wehren sich mit Händen und Füßen dagegen, daß die Stadt den Wohnungsbauf selbst in die Hand nimmt. Trotzdem besteht die Aussicht, daß mit Hilfe des Zentrums auch diese neue Zuwendung von 5 Millionen von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wird.

Die sozialdemokratische Fraktion im Berliner Rathhaus beantragt erneut eine zweite Rate von 5 Millionen Mark für den Wohnungsbaufür Minderbemittelte in der Form von billigen Spartenhypotheken zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag wird in der Berliner Stadtverordnetenversammlung heftige Auseinandersetzungen über die gesamte Wohnungsbaupolitik zur Folge haben. Die Reichsparteien wehren sich mit Händen und Füßen dagegen. Die Reichsparteien wehren sich mit Händen und Füßen dagegen, daß die Stadt den Wohnungsbauf selbst in die Hand nimmt. Trotzdem besteht die Aussicht, daß mit Hilfe des Zentrums auch diese neue Zuwendung von 5 Millionen von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wird.

Die sozialdemokratische Fraktion im Berliner Rathhaus beantragt erneut eine zweite Rate von 5 Millionen Mark für den Wohnungsbaufür Minderbemittelte in der Form von billigen Spartenhypotheken zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag wird in der Berliner Stadtverordnetenversammlung heftige Auseinandersetzungen über die gesamte Wohnungsbaupolitik zur Folge haben. Die Reichsparteien wehren sich mit Händen und Füßen dagegen. Die Reichsparteien wehren sich mit Händen und Füßen dagegen, daß die Stadt den Wohnungsbauf selbst in die Hand nimmt. Trotzdem besteht die Aussicht, daß mit Hilfe des Zentrums auch diese neue Zuwendung von 5 Millionen von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wird.

Die sozialdemokratische Fraktion im Berliner Rathhaus beantragt erneut eine zweite Rate von 5 Millionen Mark für den Wohnungsbaufür Minderbemittelte in der Form von billigen Spartenhypotheken zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag wird in der Berliner Stadtverordnetenversammlung heftige Auseinandersetzungen über die gesamte Wohnungsbaupolitik zur Folge haben. Die Reichsparteien wehren sich mit Händen und Füßen dagegen. Die Reichsparteien wehren sich mit Händen und Füßen dagegen, daß die Stadt den Wohnungsbauf selbst in die Hand nimmt. Trotzdem besteht die Aussicht, daß mit Hilfe des Zentrums auch diese neue Zuwendung von 5 Millionen von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wird.

Die sozialdemokratische Fraktion im Berliner Rathhaus beantragt erneut eine zweite Rate von 5 Millionen Mark für den Wohnungsbaufür Minderbemittelte in der Form von billigen Spartenhypotheken zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag wird in der Berliner Stadtverordnetenversammlung heftige Auseinandersetzungen über die gesamte Wohnungsbaupolitik zur Folge haben. Die Reichsparteien wehren sich mit Händen und Füßen dagegen. Die Reichsparteien wehren sich mit Händen und Füßen dagegen, daß die Stadt den Wohnungsbauf selbst in die Hand nimmt. Trotzdem besteht die Aussicht, daß mit Hilfe des Zentrums auch diese neue Zuwendung von 5 Millionen von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wird.

Die sozialdemokratische Fraktion im Berliner Rathhaus beantragt erneut eine zweite Rate von 5 Millionen Mark für den Wohnungsbaufür Minderbemittelte in der Form von billigen Spartenhypotheken zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag wird in der Berliner Stadtverordnetenversammlung heftige Auseinandersetzungen über die gesamte Wohnungsbaupolitik zur Folge haben. Die Reichsparteien wehren sich mit Händen und Füßen dagegen. Die Reichsparteien wehren sich mit Händen und Füßen dagegen, daß die Stadt den Wohnungsbauf selbst in die Hand nimmt. Trotzdem besteht die Aussicht, daß mit Hilfe des Zentrums auch diese neue Zuwendung von 5 Millionen von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wird.

Die sozialdemokratische Fraktion im Berliner Rathhaus beantragt erneut eine zweite Rate von 5 Millionen Mark für den Wohnungsbaufür Minderbemittelte in der Form von billigen Spartenhypotheken zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag wird in der Berliner Stadtverordnetenversammlung heftige Auseinandersetzungen über die gesamte Wohnungsbaupolitik zur Folge haben. Die Reichsparteien wehren sich mit Händen und Füßen dagegen. Die Reichsparteien wehren sich mit Händen und Füßen dagegen, daß die Stadt den Wohnungsbauf selbst in die Hand nimmt. Trotzdem besteht die Aussicht, daß mit Hilfe des Zentrums auch diese neue Zuwendung von 5 Millionen von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wird.

Unterhaltung und Belehrung

Die Flüchtlinge

Roman von Johannes Vinnaroski
Nachdruck verboten.

Für Restitalo waren diese Zeiten ebenso schwer, wie für Lutela. — In die Stelle der früheren Unruhe war eine still nagende Sorge getreten.

Es quälte ihn, daß es noch nicht zu einer Auseinandersetzung zwischen ihnen gekommen war. Denn er hatte aufrichtig eine volle Klärung gewünscht, nachdem er gesehen, wie gewaltig die Sache Lutela berührte. Damals war sie unterblieben, weil er es für besser hielt, daß sich Lutela erst ein wenig beruhigte. Da es jedoch damals nicht geschehen war, war es immer geblieben.

„Vielleicht versteht er ohnedies, wie alles gekommen ist“, dachte er. „Und am Ende ist es auch besser für ihn, daß nicht davon gesprochen wird, weil er es selber nicht zu wünschen scheint.“

Aber es quälte ihn weiter. „Wenn ich nur wüßte, worüber er eigentlich brüht“, jammerte er manchmal. „Wenn er nur einmal spräche — fluchte, witterte oder gar dreinschläge, das wäre immer noch besser!“

Er lebte lange Zeit in der Hoffnung, daß Lutela selbst losbrechen und dadurch eine Auseinandersetzung herbeiführen würde.

Doch Lutela schwieg still, und seine eigene Last war Tag für Tag dieselbe.

Daran knüpfte sich noch eine andere Sorge: wenn Mantu nur vernünftig bliebe! Bei dem Zustand, in dem sie sich befand, wußte man nicht: sie konnte wohl gar ins Wasser gehen. „Hier sind so viele zu überwachen!“ leuchtete er in seinen schweren Stunden.

Zuletzt legte er, gleichsam abgestumpft, alles in Gottes Hände — zumal da sich Lutela doch beruhigt zu haben schien.

„Vielleicht ist es am besten, man läßt es gehen, wie es von selbst geht“, dachte er.

Lutelas Gedanken kehrten immer wieder zu der jungen Frau zurück.

Diese war ihm ein Rätsel. Offenbar war, daß sie auch selbst in ihrem gegenwärtigen Zustand furchtbar leiden mußte.

Eines hätte Lutela vor allem anderen gern festgestellt. Ob ihr früheres Leben rein gewesen war. War sie erst jetzt gefallen, und welches war der äußere Grund gewesen, daß sie eine so gräßliche Tat beging, wenn ihre Vergangenheit ehrbar war?

Aber wie hätte er das feststellen können, wenn er die Sache nicht zur Sprache brachte?

„Wenn sie wenigstens bereute und um Verzeihung bäte!“

In der ersten Zeit hoffte und erwartete Lutela dieses jeden Tag. Und er glaubte mitunter sogar Anzeichen dafür zu bemerken — wie wenn die Frau sich demütiger gewiesen wäre, in ihren Blicken etwas um Verzeihung Bittendes gelegen hätte — nur das erste Wort fehlte.

Er versuchte, dieses Wort hervorzubringen — er hielt gleichsam mit den Händen an, um es zu erwarten. Da dies aber nichts half, wollte er sie mit seinem Blick durchdringen: begreifst du nicht, was du getan hast?

Doch da erfuhr er eine Ueberraschung — Die Demut war wie weggewischt, aus ihren Augen sprühte ihm Trost und Haß entgegen.

„Was bedeutet dies?“ fragte er sich verblüfft. „Das war nicht mehr der Blick einer Schuldigen.“

Und so begann er wieder nachzusinnen.

„Hat sie die Natur eines Mannes, eine solche, die einem anderen nicht erlaubt, sich in ihre Angelegenheiten zu mischen? Und jagte sie diese Pein, also als Einmischung auf — und wollte es zeigen? Und zeigte es, da sie ein Weib war, auf diese sinnlose und entsetzliche Weise?“

So fragte er sich. Und da begannen sich ihm die Fäden immer mehr zu verwirren. Wußte einer von ihnen, was die anderen gedacht, getan und bezweckt hatten? Oder gingen sie alle wie im Nebel, jeder seine eigenen Wege, wenn auch durch das äußere Leben zusammengehalten? Alle litten, das sah er, und die Uebereinstimmung begann sich ihm jetzt als eine ungeheure Verzweiflungsstat darzustellen.

Das beschäftigte gleichsam seine Erbitterung gegen die Restitalos — dies, daß sie alle litten. Sie mußten miteinander reden, dachte er, da sie doch an ein gemeinsames Unglück gebunden waren.

Aber wer sollte beginnen? Für ihn war es unmöglich, führte er — die anderen, die Schuldigen, mußten beginnen.

Es gab jedoch einen Menschen, mit dem er sprach. Er mußte gestehen, daß wenn Hanna nicht gewesen wäre und wenn sie diese Last nicht zusammen getragen hätten, er es nicht ausgehalten hätte.

Es beschämte ihn zuerst sehr, daß ihn der böse Geist damals so befehlen hatte, daß er, der alte Mann, solch Grauenshaftes vor dem unschuldigen Mädchen geredet hatte.

Wie ihm aber Hanna beim erstenmal, als sie sich danach trafen, ohne Falch ins Gesicht blickte und gleichsam immerfort wiederholte: dulden Sie, dulden Sie, Gott wird helfen — da dachte er: vielleicht versteht sie es. Und so entstand ein höheres Verhältnis zwischen ihnen: Das Verhältnis zwischen Vater und Tochter. Ober noch mehr: wie wenn das ganze Mädchen hätte lächeln wollen, was die anderen verbrochen hatten.

Wenn sie einander begegneten, sagten sie sich jedesmal im Vorbeigehen etwas — mit den Blicken. Aus ihren Blicken verstanden sie gegenseitig alles.

Am Morgen kamen sie gewöhnlich zum erstenmal an der Zentrifuge zusammen — wenn Lutela die Maschine drehte und Hanna die Milch behandelte. Das war ihr stilles Kläuterstündchen.

„Wie geht es denn heute?“ fragte Hanna mit ihrem blauen Blick, die Milch in die Zentrifuge gleitend.

„Besser“, nickte Lutela, sich über die Kurbel der Maschine bendend.

„Ja...?“ erwiderte das Mädchen fröhlicher. Dann saßen sie die Unterhaltung während der ganzen Zeit des Zentrifugierens fort.

„Mit ihr könnte ich die Sache ins Klare bringen“, dachte Lutela manchmal. „Sie weiß alles und versteht alles.“

Aber er hätte es um keinen Preis getan und das stille Vertrauen gestört, das zwischen ihnen herrschte.

Die Sache selbst blieb jedoch beim alten. Lutela fühlte sich wie ein Knecht, der es unmöglich findet, weiter in seinem Dienst zu bleiben, aber doch nicht freizugang, sondern schweigend und schwermütig sein Jahr bis zu Ende abarbeiten.

Bis zu Ende? Das war es ja, was ihn in Verzweiflung stürzen wollte. Wann nahm dies ein Ende? Und welches war das Ende? — Er vermochte es nie auszusprechen.

Bisweilen überlegte er: wenn ich im guten wegginge, ohne ein Wort zu sagen — ihnen alles überließe und meinen eigenen Weg einschläge? Dann wäre ich dies los und fände Frieden.

Doch ihn entsetzte auch dieser Gedanke, die Schmach, die er durch solches Handeln dem tavauländischen Namen überhaupt und ihnen allen zufügen würde — da die Angelegenheit ja doch gewissermaßen alle betraf.

So verging die Tage. Die Zeit bewegte sich vorwärts, obwohl das Leben zu stocken schien.

Sechstagerennen

Von Bruno Schulz

Sechs Tage und sechs Nächte muß einer der beiden Partier auf dem Rade sitzen, jederzeit der andere bereit sein, ihn abzulösen. Es geht um Punkte, es geht um Ruhm, ein Sechstagerennen. Ein raffiniertes, ausgeklügeltes System, aus dem Jähzorn des Leibes herauszuholen. Neutralisierte Zeit in den Tagesstunden, wo sie halb im Schlaf die Pedale treten können und Puntverlustungen und Mundgeruch vermeiden. Bis das Rennen wieder aus seiner Neutralität heraussteigt und der Kampf der Wertungpaare aufs neue einsetzt. Immer in der vollen, eckig angelegten Bahn in den Autoparkhäusern herum, daß einem vom bloßen Zuseher schon schwindlig wird. Sechs Tage und sechs Nächte. Und in der nicht neutralisierten Zeit immer auf der Hut sein, daß keiner ausreißt, um sich eine Runde zu holen, denn eine Ueberwindung gilt mehr als alle zusammengefahrenen Punkte, und möchte ein anderer in den Spuris von 6 mal 10 Stunden auch immer der Erste gewesen sei, was theoretisch ja möglich ist.

Sechs Tage und sechs Nächte. Und immer wieder ein volles, so überfülltes Haus. Die Wägen drängen sich an den Billethältern, als gäbe es ein einziges Ziel zu erringen. Eisenstäbe werden vom Hand gedrückt und umgerissen. Sechstagerennen! Der ungeliebte Reiter der Welle tut das übrige. Rundtrottel, die so wie ich kaum mehr als eine Abnung von diesem Sport haben, verfolgen mit Spannung wenigstens den Nennenbericht, eine ganze Literatur baut sich um die Seiden der Sechstagerennen auf. Zum Teil sind es frühere Arbeiter, die hier zu „Kanonnen“ wurden, und wer mit ihnen früher als Kollege zusammenstand, ist stolz darauf. Es ist ein ins Maßlose ins Angehörliche vererter Sport, und vielleicht hat er gerade dadurch seinen Zauber aus.

Von den 10 000 tagelichen Besuchern sind gut die Hälfte Arbeiter. Ihre Sehnsucht nach Aktivität, nach etwas Besonderen sucht hier Nahrung, und fiebernd hoffen sie, daß gerade in ihrer Nacht der brühten Vorpost, die Ueberwindung, stattfinden soll. Zwei Puntverlustungen lösen sie für ihre Abendstunde, die eine um 10, die andere um 2 Uhr nachts. Und das tolle Prämiensystem. Denn das Geld gibt hier locker, und als Name- und Großmannsrecht. 1000 Mark Prämie, Autos, Gramophone, ein kleines Häuschen, 500 Mark, oh, hier regnet es alle Herrlichkeiten der Welt. Das Geld sitzt in den Beinen, tritt zu, werde du Erster, die 1000 Meter zuerst am Zielband. Ruiniert. Egal, das aus einem Millionenruhm, bis die Prämien einander nicht mehr jagen und die Fahrer gleichmäßig treten, aber immer auf der Hut vor einem Ausreißer. 160 000 Mark Prämie allein von der Rennleitung ausgesetzt, dann die Zeitungspreise, andere Bekanntheit und die vom reichen Publikum gestifteten blauen und braunen Tappen.

Es gibt Zuschauer, die 6 Nächte lang auf die große Senfation warten, die meinen, daß die Bombe platzt. Sie müssen Gummis rücken. Unten, im Innenraum, in den Kogen, sieht die Welt die mehr gesehen werden will als selber sehen. Die Personen der Nacht, die sich bei den Stagen aufhalten. Sechstagerennen. Groggmoos. Verärrte Geiger. Geschäftleute. Filmherne. Wenn das Getöse anfängt, denn wie ein einziger wachsender Hund schlatzt die Masse da oben an, geht etwas Besondere vor, denn teilt sich die fiebernde Erregung auch ihnen mit, springen sie wie elektrisiert auf.

8 bis 50 Mark kostet das normale Eintrittsgeld pro Nacht. Wilde Billethändler draußen, die jeden Preis fordern können, wenn es da drinnen ausverkauft ist. Noch in der allerersten Stunde des Rennens, ja der letzten halben, kamen sie an, mit ihren Autos aus den Theatern und Vergnügungstätten und zahlte die teuersten Plätze. Oh, es gibt kein Geld für höhere Löhne und Gehälter. Das Geld ist knapp, so knapp für die anderen. Und die anderen, die Armen, von der Senfation taumelig Gemachten, sie versuchten zu Tausenden den Autopark zu stürmen, um mit zu gehen, mit dabei gewesen zu sein. — Sechs Tage und sechs Nächten. Wir haben leider in Deutschland kein Wort, das den Begriff von Tag und Nacht klar in einem knappen Wort zusammenfaßt. 144 Stunden lang haben sie abwechselnd, in ständiger Bereitschaft, die Pedale getreten. Ueber 1000 Kilometer sind zurückgelegt worden, doch der Weltrekord ist ein paar hundert Kilometer höher. Also kein Weltrekord, oder doch, — ich weiß es nicht. Ich weiß nur, daß Millionen ausgegeben worden sind, und daß die Radfahrer so viele Darlehen in 6 Voltagen verdient haben, wie ein Arbeiter nicht in 6 Jahren zusammenverdienen kann. Und was gar die Veranhalter bedenken, wissen sie wohl am besten. An der katholischen Kirche kann auch ein Armer zu den höchsten Stufen sich emporschwingen, in der Demokratie, — wie lange noch bei den kommunistischen Reaktionskumpanen? — auch ein Arbeiter höhere, ja die höchsten Stufen erreichen. Aber das sind überall Ausreißer und vom Bild Begünstigte, das Schicksal der breiten Massen wird dadurch

nur so weit gehoben, wie sie selbst aktiver und aufgeschalteter werden. Es ist die Tätigkeit der Sinne.

Doch was ein „Troit“ liegt darin: auch die Peine, mit einem starken Herzen und eiserner Energie vereinigt, können Begünstigte in die Höhe bringen. Unter diesen Millionen Radfahrern einer, doch sie kommen ja zum großen Teil aus den Berktätigen, es ist ihre Spori, ihr Fahrzeug, wenn auch nicht wie in Hopfenlagen fast die ganze Bevölkerung hat. —

Die Nacht nach Schloßspielen, nach Döschleinleistungen, liegt tief in der menschlichen Natur begründet. Und diese Nacht kann den Kampf der arbeitenden Massen lösen. Den Schlaf für ihre eigenen produktiven Leistungen verteidigen. Welch ein Groll und welche erbliche Feinde von den „Klügen“ Wägen, wenn hohe Prämien ausgesetzt wurden. 1000 Mark und mehr für eine Minute Pedale treten.

Nicht nur 6 Tage und 6 Nächten, die ganze Woche mit knapper neutralisierter Zeit, tritt manche arme Seemannin die Pedale, um ganze 8 oder 10 Mark von ihrem Konfektionshaus zu bekommen. 6 Jahre lang, 6 mal 6 Jahre lang, bis sie zusammenkommt. Die alte Seemannin schlägt den Rekord im Treppensteigen. Wie viele Stufen hat sie erklommen, ihr langes Leben lang, wie hat sie sich zu Hause gefort und abgearbeitet für ein paar Grobfen morgens und abends. Wo bleiben die rekordbühenden Reiter? Und die Radfahrer arbeiten, tagtäglich immer dieselben Schritte, die mit hunderttausend und anderen die Welt der Industrie aufbauen, wie oft haben sie diesen langen Leben? Haben! Haben! Rekorde! Schwindelnd nach die Zahl ihrer Schritte, verschwindend niedrig die Lohnzahl, die ihr langes, wecktätiges Leben ergibt.

Rechnet zusammen, was eure Dichter und Künstler für durchgearbeitete und schöpferische Jahre ererbten, ein Nichts gegen die über den ausgehorsenen Massen in dem Autopark. Diese menschlichen Reiter werden, soweit sie es zu internationaler Klasse gebracht haben, gut bezahlt, aber unüberhörig wieder abgezogen, wenn sie nachlassen.

Und die menschlichen Arbeiter — — fragt euch selbst, sieht in eure eigenen Gesichter, was die erzählt.

Sechstagerennen! Das Rennen nach dem Glück. Ihr folgt ihm mit zitternder Erregung, sieht euch selber als Matadore, vielleicht hätte ihr es auch so weit bringen können. Einmal so verdienen, so umdrauft, unwohl, unjüchelt sein als ein Held. Und ihr zählt eure paar Grobfen und rechnet, wie ihr das Geld für den Rennbahnbesuch wieder einholt.

Sechstagerennen! Und ihr hattet nach der Fahrt, und die Tage brauchen und drehen über euch hinweg. Und die arbeitenden Arbeiter werden zu leuchtenden Reiterinnen, wenn es den Spuri gilt: Wer ist der Erste an der offenen Arbeitsstelle, die Stunde zu 60 oder 70 Pfennigen.

Sechstagerennen! Nur einmal, nur 6 Tage und 6 Nächte für euch selbst bereit sein, zu ständiger Mühsung. Mit allen Reizen, mit jedem Wildstrecken und selber gehoben, und ihr als Klasse habt das Rennen nach Brot und Sonnenschein gewonnen.

Theater und Musik

Künftiges Sinfonieconcert

Die Klafassalen zeigen eine Reihe neuer Sinfoniesonnter-Programme an, die für die gegenwärtige Spielzeit noch manche Genüsse bereichern. Das künftige Sinfonieconcert brachte Werke zweier Komponisten, die selbst im Reich erschienen und ihre Arbeiten unter ihrer Leitung errichten ließen. Aus dem benachbarten Dänemark, in dem alle Hände los sind, kam Joseph Rosenfeldt und spielte uns seine Überwerke zu „einem heiligen Spiel“ vor. Man merkt Rosenfeldts Schrift an, daß er vom Theater kommt, will belegen, daß er viel am Volk steht. Er kam sich von dem weichen, farblichen Orchesterflorist, das die Straußgegend für den Veranstalter, nicht loswerden. Er ist sonderbar in der Behandlung der modernen Orchestersprache. Nur kann Rosenfeldt nicht genügend heiteren Stoff aufbringen, um die Form einer Überwerke gemüht zu füllen. Rosenfeldt ist nicht gerade nicht in freier Erde, er hat manchmal melodische Umwandlungen, was er zu sagen hat, ist eindeutig, klar und zeigt auch da und dort Klang. Seine rhythmische Ausdruckskraft ist nicht neuartig, aber von aufrichtiger Bildkraft. — Warum hat Trapp seinen gut zu tun freunden nicht gefordert, daß sein Zielstreben in eine gedrungene Form gebracht? Und das Trappische Werk verrät, daß sein Schöpfer leicht erfindet. Er will seinen Hörern keine „Bestreickheiten“ vorsetzen, sondern ungestimmt, so wie die Stunde ihm die Melodie einigt, schreibt er sie nieder. Nur ist seine schöpferische Kraft, wenigstens in diesem Konzert nicht übermäßig groß. Man ist, daß Trapp höchst auf das Instrument nahme und somit sein Flug gehemmt war. Prof. D a f e n a n n stellt das Konzert mit dem uubersichtlicher Großzügigkeit und Technik. Am Schluss des etwas absonderlichen zusammengestellten Programmes stand Verlooz mit seiner fantastischen Sinfonie. Herr Staatskapellmeister Lorenz hat eine Schwäche für Verlooz und die romantischen Meister. Sie mag von seiner Pariser Studiengelt sein. Sinfonie. Verlooz hat viele Aufendungen erdulden müssen. „Sinfonie“ wollte bei seinen Landsleuten nicht anerkannt werden. Bei uns Deutschen fand er mehr Verständnis. Robert Schumann trat für ihn ein. Heute mutet seine Sinfonie etwas gemacht und in ein besonders künftiges Licht gestellt wird. Verlooz hat diese Sinfonie mit seinem Gehirn geschrieben. Dieser gang besondere Stoff ist aber in den bald hundert Jahren, seit denen Verlooz seinen Konzertroman maßstäblich ausarbeitete, nun auch schon fast verdrückt. Seine freistehenden Widerfaherzichten ihrem Kollegen, Verlooz war ein geistreicher, geistvoller Kritiker, an seiner Sinfonie den letzten Satz wegzulassen, denn er würde da n an besten wirken, wenn er nicht gestrichelt würde. Verlooz besetzte eine zeitlang diesen Post. D a f e n a n n war die erste deutsche Stadt, die unter Verlooz die fantastische Sinfonie zu hören bekam. Bekanntlich wurde in unserer Väterstadt das neue Theater mit Deatrice und Benedicte, der einzigen lommischen Oper von Verlooz von ihm geleitet, unter großer Beteiligung der Franzosen eröffnet. Es war jene Zeit (1852) als Baden-Baden mehr französisch wie deutsch war. Die Geschäftstrugen französische Stimmführer, die Straßen hatten französische Namen und die badischen Stadttruppen, mit denen der große Kurfaul geschmückt war, präsentierten sich in französischer Denkmung. Günstigerweise haben die Zeiten geändert.

Hab. Landesheuer. Staatskapellmeister Alfred Lorenz hat, wie die „Karlsruher Anzeiger“ erzählt, um seine Entlassung aus dem Verband des Bad. Landesheuers nachgesucht. Das Theaterpublikum, das dem am unsere Oper hochverehrten Künstler allgemein die größten Sympathien entgegenbringt, wird sein Aufgeben auf das lebhafteste bedauern.

Mus dem Freistaat Baden

Milderung der Grund- und Gewerbesteuer

Bekanntlich hat der Badische Landtag kürzlich das Gesetz verabschiedet, wonach von der für das Rechnungsjahr 1924 veranlagten Grund- und Gewerbesteuer nur sieben Achteile erhoben werden. Die Milderung um ein Achteil des endgültigen Jahressteuerbetrags wird bei dem auf 15. Februar 1925 fälligen Viertel in der Weise berücksichtigt, daß auf diesen Zeitpunkt statt des vollen nach dem Steuerbescheid sich ergebenden Vierteljahresbeitrages nur die Hälfte dieses Betrages zu entrichten ist. Beträgt z. B. nach dem Steuerbescheid des auf 15. Februar 1925 zu zahlende Viertel 26,25 M., so ist von diesem Betrag nur die Hälfte zu entrichten. Ist der hiernach nicht zu erhebende Betrag bereits gezahlt, so wird er auf Antrag erstattet, andernfalls auf die Vorauszahlung für das Rechnungsjahr 1925 gutgeschrieben. Soweit der Steuerbescheid für das Rechnungsjahr 1924 bis zum 15. Februar 1925 noch nicht zugestellt sein sollte, ist auf diesen Zeitpunkt die Vorauszahlung in der seit herigen Höhe zu leisten.

Weiterer Nachschuß der Grundsteuer. Von antizipierter Seite wird darauf hingewiesen, daß für das Rechnungsjahr 1924 für diejenigen Grundstücke, welche noch als Baugelände zur Grundsteuer eingeschätzt sind, obwohl sie dieser Eigenschaft inzwischen verloren haben, von Amtswegen ein angemessener Nachschuß der Grundsteuer aus Billigkeitsgründen gewährt wird. Die Finanzämter sind angewiesen, bereits beim nächsten Steuerfälligkeitstermin auf Antrag den Teil der Steuer, der aus diesem Grunde vorzugsweise nachgelassen wird, bis zur Feststellung des nachzulassenden Betrags jenseits zu stunden. Weitere Auskunft erteilen die Finanzämter.

Der neue Ministerialdirektor im Kultusministerium

Wie verlautet, hat die badische Regierung den Präsidenten des katholischen Oberstudienrats, den Landtagsabgeordneten Dr. Josef Schmitt, zum Nachfolger des am 1. Januar ausgeschiedenen Ministerialdirektors Franz Schmidt ernannt. Diese Berufung ist — wenn die Meldung zutrifft — sehr wichtig, weil in der Hand des Ministerialdirektors alle Lozen. Schlußfällen zusammenlaufen. Insofern hat der gekünte Dr. Franz Schmitt einen großen Einfluß auf das badische Schulwesen, insbesondere auf das Volksschulwesen, ausüben können, und hat ihn auch ausgeübt, denn in Baden amtieren etwa 6000 bis 7000 Volksschullehrer.

Es kommt ferner hinzu, daß man sich in Schulkreisen erzählt, der jetzige Reichstagsabg. Dr. Hummel habe sich als badischer Kultusminister herzu wenig um das Wohlwollen der badischen Volksschulen gekümmert. Unter solchen Umständen hatte natürlich der Ministerialdirektor über Verletzungen, Beförderungen usw. ein großes Verfügungsrecht.

Der neue Mann gehört politisch zum Zentrum, wie auch der frühere Ministerialdirektor. Er kommt aus dem Reichstag und ist seit einer Reihe von Jahren Oberfinanzrat gewesen. Seit 1921 gehört er dem Landtag an; dort zählt er zu den fleißigsten Mitgliedern und ist infolgedessen mit der Berichterstattung für den Staatsvoranschlag der Abteilung Ministerium des Innern und mit anderen wichtigen Arbeiten betraut worden. Zurzeit ist er krank; wahrscheinlich wird er sofort nach seiner Genesung das vielbesprochene Amt übernehmen.

In „Schwab-Merkur“ war seinerzeit gegen den nunmehrigen Ministerialdirektor der vielleicht nicht unbegründete Einwand erhoben worden, er könne nicht Ministerialdirektor im Kultusministerium sein, weil er bisher der finanzielle Anwalt der Kirche war. Richtig ist jedoch, daß Schmitt als ein eifriger und kenntnisreicher Vertreter der Kirche gegenüber dem Staate gilt; darin soll er sogar Autorität sein, weil er eine Anzahl Gutachten verfaßt und auch ein Buch über die Verhältnisse der Kirche und ihr Verhältnis zum Staat geschrieben hat. Hier wird ihm Josef Schmitt wohl umfassen müssen; von der Art, ob er das tut und wie er das tut, hängt viel ab; auch die Kreise der Volksschullehrer werden ihm zunächst abwartend gegenüberstehen müssen.

Mit Schmitt zusammen wurde auch der Landtagspräsident E. Baumgartner, gleichfalls dem Zentrum angehörig, als Kandidat für den Posten des Ministerialdirektors genannt; er scheint indessen verzichtet zu haben. Baumgartner wäre ein Fachmann gewesen, da er als früherer Kreisdeputat in Emmendingen und jetziger Ministerialrat im Kultusministerium die Entwicklung des badischen Schulwesens gut kennt und auch das neue Gesetzgebung einmütig wie man sich zu einzelnen Lehrsätzen stellt — herausgebracht hat.

Der Kommunistenputsch in Durbach

Offenburg, 3. Febr. (Eigener Bericht.) Der Durbacher Landfriedensbündler nahm heute im Offenburgser Landgerichtssaal seinen Anfang. Wohl selten hat der alte, ungünstigste Schörrichterstuhl eine derartige Menge Angeklagter beherbergt, wie er sie diesmal für elftägige Tage aufnehmen muß. Nicht weniger als 73 Personen nahmen an dem schmalen Anlagengang teil. Es sind keine „Herren Angeklagten“, man erblickt es schon aus der Zusammenfassung, fast ohne Ausnahme gehören sie dem Arbeiterstande an. Vorne die erste Bank sitz mit den älteren der Angeklagten, meist bekannten Gesichtern aus der Offenburgser SPD, hinten aber steht man mit weniger Ausnahmen nichts als Jugend, die zum Teil heute noch nicht das zwanzigste Alter erreicht hat. Ganz am Schluß der Reihe steht man dann des charakteristischen fahrig Gesicht des alten Genossen Fritz Müller von Durbach auf, dessen die Seniors der 73. Allen Angeklagten wird vorzuerst am Abend des 23. Oktober 1923 in Offenburg einen bewaffneten Haufen gebildet zu haben, der dann nach Durbach zog, einem etwa 1 1/2 Stunden entfernten Ort, um dort vorübergehende Wachen zu stellen, mit welchen verfahren man durch den hiesigen Arbeiterstand in ihrem Kampf gegen die dort existierende bewaffnete Truppe (Empo) beistehen wollte. Die Anklage wirft nun den einzelnen Beteiligten vor, bei diesem Unternehmen, bei dem es in Durbach zu Gewalttätigkeiten und selbst Schießereien gekommen sein soll, aktiv oder passiv tätig gewesen zu sein; sie erblickt in den Vorformulieren den Tatbestand der Zusammenrottung, Bildung bewaffneter Haufen und des Landfriedensbruchs. Mehrere der Angeklagten waren schon bei dem nach der Offenburgser Matheaudemonstration geführten Landfriedensbruchprozess beteiligt; einer, Michael Vogt, wurde erst kürzlich nach einjähriger Untersuchungshaft in dem Freiburger Unterverfahren freigesprochen. Drei Angeklagte werden aus der Haft vorgeführt, alle übrigen befinden sich auf freiem Fuß.

Ein hartes Generalurteil gegen die Durbacher, die den Sozialisten den rühmlichen Teil sich Kopf an Kopf die Zuschauer drängen. Unter dem Vorsitz des Oberrichters Dr. Wagner begannen kurz nach 9 Uhr die Verhandlungen. Die Staatsanwaltschaft hatte zwei Vertreter entsandt. Die Angeklagten wurden gemeinsam durch die Rechtsanwälte Dr. Sedel, Franzfurt, Dr. Franz-Waldkirch und Dr. Schlober-Offenburg vertreten. Für das Urteil, Jugendmann war Stadtschreiber Karl erschien. Nach Erklärung der üblichen Formalitäten verlas der Vorsitzende die umfangreiche Anklageschrift, die die Väter der SPD der Arbeiterhaft des Landes, Kühne, Vogt, Rafer usw. der Väterhaft, die übrigen mehr oder minder der Mütterhaft beizulegen. Rechtsanwalt Dr. Sedel als Verteidiger beantragte die Einstellung des Verfahrens auf Grund des Bonhoefer Abkommens, in dem ausdrücklich festgelegt sei, daß niemand wegen eines im besetzten Gebiete begangenen Vergehens vorprozessual verfolgt werden dürfe. Die Zusammenrottung, die Grundlage des ganzen Vorwurfs, sei unrichtig auf besetztem Gebiete erfolgt. Lediglich Durbach liege außerhalb des besetzten. Die Weiber der Durbacher hätten das Gebiet überhaupt während der unter Anklage stehenden Handlung nicht verlassen, da sie am Tage selbst nicht teilgenommen. Der Gedanke der Einweisung Vorherrschaft unrichtig, die Handlung müsse die Zeit demnach unter die erwähnte Amnestie fallen. Nur den Fall der Ablehnung dieses Antrags beantragt er die Ladung mehrerer Herren vom königlichen Amt Berlin gemäß dem Londoner Abkommens, sowie mehrere Reichs- und Reichstagsabgeordneter. Nach längerer Auseinandersetzung mit dem Vorberichter und Staatsanwalt über das Bonhoefer Abkommen ließ sich das Gericht zur Beratung zurück und verurteilte nach Wiedereröffnung der Verhandlung alle Anträge.

Als erstes wird nun der Angeklagte Kühne vernommen, den die Anklage als Anführer des Juges nach Durbach bezeichnet. Dr. Sedel begreift den normalen Geisteszustand des Angeklagten. Dieser selbst antwortet erst im Sommer 1923 in Offenburg auf und war Mitglied der SPD. Er ist Berliner, war nach eigener Angabe früher bei der berühmten Goldschneider-Navalierdivision, später bei der Technischen Reichsanstalt (1), von Paris abgegangen. Er drehen sich bei der Ermittlung seiner Stellung sei er schließlich in Offenburg untergekommen, wo er bei der SPD im Anschluß suchte. Am freitaglichen Tage sei er durch Zettel in die Wohnung des einen Väter bestellt worden, wo er außer den Weibern D., noch mehrere andere antraf. Zusammen seien sie dann bis zum alten Rathaus gegangen, wo sich schon eine Menge Menschen versammelt hätte. Erst dort habe er erfahren, um was es sich handle, worauf er den Leuten zum Disziplinbewahren geraten und vor Aufregungen gewarnt habe. Weber er, nach ein anderer habe Mitreden gehalten. Die Leute in Truppen eingeteilt oder die Führerrolle übernommen. So zog man nach Durbach. Hier wurden mehrere Geschäfte (in der Nacht) nach Durbach durchsucht, zuerst dasjenige des Bauern Rafer, bei dem man ein Materialgewehr vermute. Nach wurde dem draußen wartenden Kühne den Weg gezeigt, erklärte aber, keine Waffen zu besitzen, und wurde wieder freigelassen; statt der Waffen bei man ihm dann Kopf genommen, (1) sie aber schließlich wieder zurückgegeben. Kühne bestreitet ausdrücklich, dem Bauer mit der Pistole gedroht zu haben. Ueberhaupt sei er nur mitgegangen wie die anderen auch. In anderen Häusern wurden dann noch Gewehre und Karabiner „begehrt“, zuletzt zog man zum Hause des Scharführers an, um das Dienstgewehr des dort wohnhaften Gendarmen Franz zu holen. Hier ist nach der Anklage dem Hausbesitzer mit „Ankündigen“ gedroht worden, falls er nicht öffne; Rafer soll versucht haben, mit dem Kopfen die Tür einzuschlagen, eine vermeintliche Telefonleitung wurde heruntergeschlagen, und schließlich fielen mehrere Schüsse. Der Angeklagte Kühne weiß weder vom einen, noch vom anderen. Rafer sei schon beim Abmarsch in

Offenburg sinnlos betrunken gewesen; ein Schuß aber sei direkt über ihm aus dem Hause heraus abgegeben worden, nicht aber umgekehrt. — Einen Teil seiner früheren Aussagen zieht Kühne zurück.

Der Angeklagte Krause Robert vervollständigt die Angaben Kühnes. Die Waffen habe man größtenteils freiwillig auf Jureken von den Leuten in Durbach herausbekommen. Auch er hat kein Schießgerät in die Wohnung des Gendarmen hinein eingeschleust. Auf dem Rückmarsch sind dann die Waffen teils fortgeworfen und zerfurcht worden, teils wurden sie am Wegrand abgelegt und verstreut. Später sind dieselben nach Offenburg gebracht und schließlich von Lehrern auch dort wieder abgeholt worden.

Väter schildert dann, wie man nach den Zeitumständen damals beständig mit einem Rechtsputz gerechnet habe. Ein Brief der Frau Müller habe mitgeteilt, daß Ruhe in den Gassen der Reaktion sei. Hüfe von Offenburg sei dringend nötig. Ob es sich bei den Bewaffneten in Lehr um reguläre Schupo gehandelt habe, sei nicht zu erfahren gewesen, doch habe man das Gegenteil angenommen. Und da man gewußt habe, daß in der Umgebung Offenburgs trotz aller Verbote Waffen in Verborgtheit seien, habe man sich seitens der SPD entschlossen, diese in den Besitz der Arbeiterschaft zu bringen. Hierzu seien etwa zehn Genossen bestimmt gewesen; niemand habe das Anfeuern der vielen Menschen bei der Kaserne gewünscht oder erlaubt, doch heimlich habe man sie nicht können. Väter selbst wie sein Bruder konnten sich selber beim Holen der Waffen nicht beteiligen, da sie in der Nacht Erläuterungen über die wirkliche Lage in Lehr eingesehen wollten. Nachdem man am nächsten Tage über die wirkliche Lage in Lehr unterrichtet war, habe man jede weitere Aktion eingestellt.

Die Aussagen der nächsten Angeklagten ergännen nur unvollständig das Bild. Weib-Mat Dr. Wohlfahrt erklärt den schwer beladenen Rafer für einen kurzen Alkoholik, der an Wutanfällen leide und zeitweise unzurechnungsfähig sei; doch sei er für seine Beteiligung an der feindlichen Straftat verantwortlich, wie ihn auch die Strafbarkeit beweise. Rafer selbst will infolge seiner damaligen Trunkenheit sich an fast nichts erinnern. — Angeklagter Rafer erklärt die Stimmung der Arbeitlosen, in die dann die Nachricht von der Besetzung Lehr durch irreguläre Truppen wie eine Bombe geschlagen sei. Er habe sich aber gewundert, daß niemand von der SPD am Sammelort war, um den dort herumlaufenden zügellosen Haufen zu beschützen. Den Bauer Rafer hat er dem Kühne zugeführt zur Vernehmung, doch sei dem Mann nichts geschehen. Als Rafer das Repetiergewehr beobachtet, hat er von der Sache genug gehabt und sich an weiteren nicht mehr beteiligt. — Es kommt nun eine Reihe Jugendlicher zur Vernehmung, die zum Teil heute erst 17 Jahre alt sind, so daß sowohl Dr. Sedel wie der Jugendbeirat ihre Strafbarkeit bestritten. Alle haben die Nachricht von dem beabsichtigten Zug nach Durbach in der einen oder anderen Form zufällig erfahren die meisten erklären, angenommen zu haben, daß es sich um ein Waffenlager der SPD gehandelt habe.

Die Fragen des Vorberichters drehen sich in der Hauptsache darum, wer in die Wohnung des Gendarmen einzutreten versucht hat und wer die Schießerei begann oder führte. Alle Angeklagten behaupten, die Schüsse entweder nur gehört oder nur von einem Schuß aus der Wohnung heraus gesehen zu haben. Mit zweifelhafte Unterbrechung mittags zog sich die Vernehmung bis abends 6 Uhr hin. Voraussichtlich kann Mittwochnachmittag mit den Zeugenerhebungen begonnen werden.

Kleine badische Chronik

Mheimfelden. Infolge des niedrigen Wasserstandes des Rheins unterhalb des Staumes der Kraftwerke bei Mheimfelden ist das ganze eisenhaltige Strombett wasserleer, da alles verfügbare Wasser durch den Kanal für das Kraftwerk gehen muß. Dadurch ist nun die ganze Mutschellplatte des Rheinfeldes aufgeschlossen. Zahlreiche Fündlinge aus Schwammal-, Algenstein und prachtvoll erhaltene Strudellöcher sind zu sehen, die teils als Gletschermäulen des früheren Mheingletschers oder als fluvial-Strudellöcher gedeutet werden. Am Mutschell sind 4-5 Meter tiefe Rinne, die natürlich den Nachen willkommen sind. Alle Kleinformen der Verwitterung und Erosion-Gesteine können sehr gut beobachtet werden und geben ein zahlreiches Publikum vor und fern an.

Gefallenendenkmal bei Oberkirch. Den Angehörigen des ehemaligen 1. Interregimenten Inf.-Regiments Nr. 132 ist es gelungen, bei Oberkirch einen geräumigen sehr schönen Platz anständig zu machen, auf dem ein Denkmal zur Erinnerung an die gefallenen Angehörigen des Regiments errichtet wird. Der Platz befindet sich oberhalb der Schanzenburg. Der Aufstellungsplan wurde in lebenswichtigen Weise von Herrn Freiherrn v. Schwarzburg zur Verfügung gestellt. Mit den Arbeiten wird in diesen Tagen bereits begonnen, sodas die Einweihung voraussichtlich am 7. Juni 1925 stattfinden kann.

Beschädigung von Telegraphenanlagen durch Kraftwagen. In letzter Zeit haben sich die Fälle der Beschädigung von Telegraphenanlagen durch Kraftwagen, insbesondere durch Kraftkraftwagen, außerordentlich vermehrt, sodas der Betrieb in den dem öffentlichen Verkehr dienenden Telegraphen- und Fernsprechleitungen sowie in den Teilnehmerleitungen auf mehr oder weniger lange Zeit unterbrochen worden ist. Der Allgemeinheit ermöglicht durch diese Betriebsstörungen erheblicher Schaden. Wie festgestellt werden konnte, sind die meisten Beschädigungen durch Unachtsamkeiten der Kraftwagenfahrer entstanden. Die Oberpostdirektion ist deshalb genötigt, die bisher geübte Nachsicht fallen zu lassen und künftig außer der Inanspruchnahme der Kostenhaltung die Wiederherstellung der Telegraphenanlagen und für den Gebäudenanfall, den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend, gegen die Schuldigen strafgerichtlich vorzugehen.



Es ist arg, wann es in der Hoffnungszeit
Im Dase noch duht lent're!
Wie war's nur möglich, das der Kel
Net bei der Stana ist blume.
An mein're Lina ist erkält
Statt's ihre Hulda s' hewe?

Ah Gott, Frau Cisele, l'ich arg.
Er hat noch mit uns gesse.
Mei Hulda ist hernach zu ihm
Allein auf's Sofa g'sesse.
Ich bin verständig, um die in
Der Harmonie net s' löre.
Denn ich hab licher g'meint, er dübt
Ihr d' hewe jetzt erkläre.
Ich hab e hiele s' g'ocht un' dent
„Aha, jetzt hat's-en g'riffe“.
Denn ich hab deutlich auch g'hört.
Wie die sich inne fälle.
Dann ist ihr Lina komme un
Gleich hat's Malheur an'ange.
Sie ist, wie auss'macht, mit zum Lieb

In d' Reihe Woche sanne,
Mich hat's gleich g'murmt, er hat fast nur
Mit ihrer Lina g'zochte.
Auf ein'mal hat mei Mutterbers
Den haue Lunte g'rodelt!
Desh also, war der Dant, bei uns
Da halt-er fast sich gesse.
Und stat's in d' Hulda ist — er dann
Verliebt in ihre g'wese!

Frau Weisle, wer häit gedenkt,
Dah des so schlimm duht ende.
Was's Schicksal hat zusammenfügt,
Kann auch der Lieb net wende.
Doch Mut, ich weis-enn Ausweg noch.
Mir lenne en Professor,
Der selbst ist un gut behudt.
Er lich en — harter Esser,
Den treffese bei uns un duht
Dann gleich Bekanntschaft made.
Mir bringe d'Spruch auf's Kaufhaus Lieb
An keine bill'che Sache.

Er will ja in der Reihe Woch
Sich Selbstweisung erlebe.
Sie stelle sich um zwei Uhr ein,
Mir werre's dann schon drehe!
Am Reichte ist's, mir duht — en serant
Uns Restaurant einlade.
Beim Kaffee kann ihr Hulda dann
Verschiedenes ihm rate.
Obs Semde sit, oder Unterwosch,
Sie derf net brüid sich seige.
Bei Unterhose kann-se ic
Als sanft erdend schweice.
Des macht bei Männer stets Effett.
Wie in der Kirch brin's Bete.
s' ist stets von Unschuld en Beweis.
Wenn ein's noch duht erdelt!
Gut, ich promer's, Frau Cisele,
Sielleicht duht's beamal s'linge!

Nur Mut, Frau Weisle, der Lieb
Duht alles fertig bringe!
Roma.

Karlsruher Chronik

Geschichtskalender

5. Februar. 1881 Der englische Schriftsteller Thomas Carlyle in London. — 1923 Beginn des großen Bergarbeiterstreiks im Saarrevier (Ende 15. 5.). — 1924 Der sog. Landtagsabgeordnete Franz Krüger in Berlin.

Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

Vorstandssitzung. Heute abend 8 Uhr im Klubzimmer des „Friedrichshof“ Vorstandssitzung. Das Erscheinen aller Vorstandsmitglieder ist notwendig.
Sozialdem. Bürgerausschusstiftung. Montag abend 8 Uhr im Klubzimmer des „Friedrichshof“ Fraktionsstiftung. Hierzu haben alle Fraktionsmitglieder zu erscheinen, außerdem sind alle der Sozialdem. Partei angehörenden Lehrer zu der Sitzung einzuladen.

Bezirk Mühlburg. Den Parteigenossen zur Mitteilung, daß die Vertrauensleute die Parteibücher abholen zur Kontrolle. Die Bücher werden wieder jedem Parteigenossen zurückgebracht. Deshalb bitten wir die Bücher bereit zu legen.
Bezirk Oßwald. Bücherkontrolle. Ineides Durchführung der vom Vorstand beschlossenen Kontrolle der Mitgliedsbücher werden im Bezirk Oßwald am Sonntag, den 8. Febr., die Bücher durch die Vertrauensleute eingezogen. Wir richten an die Genossen und Genossinnen die bringende Bitte, die Arbeit der Vertrauensleute durch Bereithaltung der Bücher zu erleichtern.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Bezirk Südstadt. Donnerstag, 5. Februar, abends 8 Uhr, findet unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. — Vortrag des Kam. Loh. Gleichzeitig verweisen wir auf den am Sonntag, 15. Februar stattfindenden Ausmarsch. Die Funktionäre des Bezirks treffen sich am Donnerstag um 1/8 8 Uhr.

Karlsruhe im Zeichen der Weißen Woche

Die Weiße Woche ist ihre Anziehungskraft aus. In den Straßen — in den verkehrsreichsten natürlich erst recht — ist Massenbetrieb, vor den Schaufenstern stehen die Käuferinnen und Käufer und wissen nicht, was sie mehr bewundern sollen: Die Fülle der ausgetheilten Waren oder die Dekorationskunst, die alles bisher Dagewesene geradezu in den Schatten stellt. Käuferinnen und Käufer, mit Pächchen oder Paleten „bewaffnet“ — je nach dem finanziellen Können — schnurren aneinander vorbei und freuen sich, glücklich eingetaucht zu haben. Überall spricht man nicht nur von der schönen Schaufensterausstattung, sondern insbesondere von der geschmack- und stilvollen Innendekoration. An erster Stelle stehen natürlich wieder die Warenbücher. Diese haben die reinsten Kunstwerke geschaffen. Man gehe einmal zu Geschwister Knopf und betrachte es. Am Mittelraum steht ein großer Turm, gewissermaßen das Zentrum bildend, mit Hunderten von weißen, mit weißelackten Streifen umrandeten Servietten. Und denselben Genre ist das ganze Haus, sind die einzelnen Abteilungen angepaßt. Lebtandende Servietten wurden verwendet, alles in weiß und weißgold. Einem herrlichen Anblick bietet nicht nur der mächtige Turm, sondern auch die geschmackvoll en Stahlampen und Bäumchen sind bewundernswert. Was Knopf da geleistet an schmuckvoller, imposant wirkender Dekoration, ist schwerwert und trägt auch dazu bei, nicht nur die Leistungsfähigkeit der Firma wieder erneut zu dokumentieren, sondern auch auf den Besucher ersichtlich zu wirken. Das selbe kann auch von der Firma Tief gesagt werden. Wir finden auch hier die gleiche vornehme Ausstattung. In der Mitte ein hübscher Pavillon, der sofort beim Eintreten des Kunden die Aufmerksamkeit auf sich zieht. Taufende und Werttausende Servietten — weiß mit grün — wurden zur Ausschmückung verwendet. Dazu das sanfte grüne, geradezu magische Licht der Beleuchtungskörper! Mit einem Wort: Eine herrliche Augenweide.

Das man aber auch mit sinnvoller Zusammenstellung von Waren aller Art — es braucht nicht immer das glitzernde Weiß allein zu sein — wirken kann, beweist die bestens bekannte Firma Paul Burghard. Sie läßt sowohl in den Schaufenstern wie in den Verkaufsräumen durch die Waren das Auge des Besuchers erheitern und zu heften. Natürlich in einer sehr vornehmen und geschmackvollen Aufmachung, die dem Dekorateur und all seinen Hilfskräften zur Ehre gereichen. Die Dekorationen wirken tatsächlich faszinierend auf den Besucher und Gebiegenheit und Preiswürdigkeit der Waren tun das übrige, um den guten Ruf dieser Firma zu wahren.

Auch in der Südstadt steht die Weiße Woche im Mittelpunkt der Geschäftswelt. Beispielsweise geben die Dekorationen des Kaufhauses J. Schneider, was guten Geschmack und gute Idee angeht, denen im Stadtinnern nichts nach. Ein Hauptausziehungspunkt für Jung und Alt bildet ein riesiger Pils, der ganz aus Tafelbrot hergestelltes, die Wohnung von Wirtschaftsmännern ist. Auch die übrigen Fenster zeigen, daß eine sachkundige Hand der Idee Gestalt gab. Sehrwert ist die Innendekoration. Ganz in weiß und orange gehalten, streben hübsche Bogen und Gutscheiden dem Mittelpunkt, einem reizenden Pavillon zu. Auch die umliegenden kleineren Geschäfte haben durch ihre Dekorationen wirklich Gutes geleistet.

Anton Schneiders Baupläne vor der Strafkammer

Der Ingenieur Anton Schneider, als Anführer von kommunistischen Klamauks her sehr bekannt, wurde im November 1924 vom Amtsgericht Karlsruhe wegen unlauteren Wettbewerbs zu 3000 M Geldstrafe und wegen Betrugs zu 5000 M Geldstrafe verurteilt. Dem Fall lag, wie aus der Anklageschrift zu entnehmen ist, kurz folgender Tatbestand zugrunde: Im März 1924 veröffentlichte Schneider in diesem Zeitungen ein Inserat nebst Zeichnungen, in dem er schillerförmig Häuser zum Preise von 6000 bzw. 8500 M anbot. Das Inserat trug die verkündende Überschrift: „Die Wohnun gen n o t b e f e i t a t“. Die Inserate und seine Pläne fanden große Beachtung und es wandten sich verschiedene Interessenten an ihn, umweds Erbauung eines Wohnhauses. Es wurden auch Vertragsabschlüsse getätigt und auch eine Anzahl angenommen, aber der Bau wurde nicht angefangen. Die Staatsanwaltschaft stellte deshalb Anklage wegen Betrugs und weiterhin hatte der Bund deutscher Architekten als Nebenkläger Strafantrag wegen unlauteren Wettbewerbs gestellt. Schneider hat gegen das damalige Urteil Berufung eingelegt, jedoch der Fall am gestrigen Mittwoch vor der Strafkammer noch einmal zur Verhandlung kam.

Die Verhandlung wurde von Herrn Landgerichtsdirektor Dr. Bender geführt und dauerte den ganzen Tag bis in die

Abendstunden hinein, ohne zum Abschlusse zu kommen. 15 Zeugen wurden geladen, außerdem vier Sachverständige. Bei der Vernehmung erklärte der Angeklagte, daß er im Jahre 1921/22 22 Häuser im Weiberhädergebiet erstellt und die Finanzierung mit ausländischem Gelde durchgeführt habe. Als er weitere Bauten angefangen und krank geworden sei, hätte man auf ihn einzuwirken versucht, die Weiterführung zu unterlassen. Insbesondere habe sich Herr Stadtratsrat Herrmann hier ins Zeug gelegt. Der Angeklagte bestritt, in betrügerischer Weise gehandelt zu haben. Die Zeugeneinvernahme dauerte viele Stunden. Der Hauptbelastungszeuge war ein Postfachaffner, der behauptete, daß Schneider ihm gemäß des Inserates versprochen habe, bei einer Anzahlung von 2000 M ein Haus für 8500 M zu erstellen. Er habe Schneider die 2000 M überdracht, aber der Bau des Hauses sei nicht begonnen worden. Erst nach der Verurteilung vom Amtsgericht habe ihm Schneider die 2000 M wieder zurückbezahlt. Eine Hauptrolle spielte die Bauplatzfrage, da der Postfachaffner annahm, daß in der Summe von 8500 M die Bauplatzkosten inbegriffen sind, während Schneider bestritt, eine Neubewertung dieser Art getan zu haben. Hätte die Stadt die Bauplatzkosten geteilt, so wäre ihm die Erstellung der Bauten auch möglich gewesen. Schneider verlangte weiterhin vom Postfachaffner bei Abschluß des Vertrages für das Haus 9500 M, anstatt 8500 M, wie vorgesehen war. Der Zeuge Oberbürgermeister Dr. Finsterer befandte, daß er sich nicht erinnern könne, dem Ingenieur Schneider Zulagen auf Stundung der Bauplatzkosten gemacht zu haben. Er habe, wie immer, das größtmögliche Entgegenkommen der Stadt in Aussicht gestellt. Er trat sodann noch eine Reihe von Zeugen auf, die sich ebenfalls von Schneider hintergangen fühlen und ihn schwer belasten. Andere, von der Anklageseite geladene Zeugen stellten die Sache wieder anders dar.

In der Weisaufnahme betr. des unlauteren Wettbewerbs kam der Sachverständige, Baurat Wieland, zu der Ueberszeugung, daß selbst bei Anrechnung aller für Schneider günstigen Momente er niemals in der Lage sein konnte, ein schlüsselförmiges Haus zu dem im Inserat angeführten Summe herzustellen. Sogar bei einem Frie de n s z a h e von 14 M pro Kubikmeter, was das Niederste in der Berechnung darstelle, käme das Haus auf 8288 M zu stehen, wozu noch der Feuerungsstofflag komme, sodas die Kosten also bedeutend über die von Schneider angegebene Summe hinausgingen. Der weitere Sachverständige, Herr Baumeister Stober, hält einen Frie de n s z a h von 14 M für ein Kubikmeter für viel zu niedrig. Es sei vollständig ausgeschlossen, daß Schneider diese Bauten zu besagtem Preis hätte herstellen können. Nur Fingarbeit sei für einen solchen Preis zu machen. Der dritte Sachverständige, Architekt Fischer (Baden-Baden), wies die großen Vorzüge und die Sparbarkeit durch das Schneiderrische System. Schon an der Deckerstellung ließen sich 2,50—3 M pro Quadratmeter ersparen. Und die Ersparnis bei einem Doppelhaus (zwei Wohnungen) besahe sich auf circa 4—4500 M. Der Verteidiger Schneiders beantragte, Kosten für Kosten der Kostenberechnung durchzugehen, was aber vom Sachverständigen nicht als notwendig bezeichnet wird. Weiterhin erwähnt der Verteidiger, daß Schneider Kunstseile aus seiner eigenen Fabrik verwendet, weshalb er auch billiger bauen könne. Der Sachverständige Wieland bemängelte, daß in der Kostenberechnung keine Posten enthalten sind für Tapanieren der Wände, sodas die Wände roh verputzt hergestellt sind, das weicher die Wände und Decken nicht getüncht sind, keine Fenster vorhanden und ebenfalls die Fenster nicht mit Läden versehen sind. Zu einem schlüsselförmigen Hause würden aber all diese Dinge gehören, denn sonst müßten ja die Leute gleich ihr Geld für Reparaturen aufwenden.

Die Verhandlungen wurden sodann auf heute vormittags 9 Uhr vertagt.

Nochmaliger Abbau in den Eisenbahnwerken

W. Mit dieser Frage beschäftigte sich gestern abend eine vom „Deutschen Eisenbahnerverband“ einberufene öffentliche Versammlung. Der „Apollo-Saal“ war dicht besetzt. Nach einem ausführlichen Referat des Bezirksleiters Schnei der und entsprechender Aussprache, woran sich auch stell. Landtagsabgeordneter Wirth beteiligte, beschloß die imposant verkaufene Versammlung die nachstehende Entschliegung:

„Die vom D.E.V. Ortsgruppe Karlsruhe, auf den 4. Febr. in den „Apollo-Saal“ einberufene von ca. 1500 Mann besuchte öffentliche Eisenbahnerversammlung protestiert aufs schärfste gegen die von der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft für den Direktionsbezirk Karlsruhe erneut angeordnete Entlassung von rund 1000 Arbeitern der Ausbesserungs- und Bahnbetriebswerke.“

Die Versammlung hat nach dem ausführlichen, äußerst sachlich gehaltenen Referat des Bezirksleiters Schneider die Ueberszeugung gewonnen, daß der bereits durchgeführte allgemeine Personalabbau und die Entlohnung der Produktionsbetriebe von Arbeitkräften in besonders keineswegs wirtschaftlichen Notwendigkeiten entspricht, ganz abgesehen davon, daß das rücksichtslos Vorgehen der Reichsbahnerverwaltung keinen Unterschied mehr macht gegenüber den in der Privatindustrie üblichen antisozialen Methoden, geradezu demoralisierend wirken mußte. Selbst von Arbeitern mit 20, 30 ja sogar 40 und mehr Dienstjahren, die in dem guten Glauben eine einigermaßen gesicherte Existenz zu finden, bei solcher Entlohnung in den Dienst der Eisenbahnerverwaltung getreten sind, wurde nicht Saft gemacht; dieselben wurden ohne Bewährung einer auch nur einigermaßen den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden für sorgere einfach ihrem Schicksal überlassen. Von diesem Gesichtspunkte aus gesehen, müssen die gleichzeitigen Millionen-Aufwendungen für Remunerationen, die zum größten Teil in die Taschen der oberen Beamten fließen und letzten Endes ferrumpelnd auf die gesamte Beamtenerschaft wirken müssen, bei ungenügend denkenden Menschen eine ungeheure Empörung auslösen.

Die Versammlung ist der Auffassung, daß der derzeitige Anfall an Fahrzeugsparaturen unbedingt gegen jeden weiteren Abbau spricht; nicht Ueberschuß an Arbeitkräften, sondern Mangel an solchen ist vorhanden. Die Betriebsleistungen haben eine Grenze erreicht, die nicht mehr überschritten werden darf, wenn nicht eine dauernde Schwächung bezw. vorzeitige Vernichtung der Arbeitskraft eintreten soll.

Die sog. wissenschaftliche Betriebsführung in Verbindung mit der Gedingearbeit und Leistung von Ueberstunden haben Zustände geschaffen, die auf die Dauer unhaltbar sind. Um eine ausgleichende Wirkung zu erzielen, gibt es nur zwei Mittel: Wiedererführung der achtstündigen Arbeitszeit im gesamten

Reichsbahnbetrieb und Bewahrung von Löhnen und Gehältern, die den derzeitigen Lebenshaltungskosten gerecht werden. Das Bestreben der Reichsarbeitsverwaltung hinsichtlich der Arbeits- und Dienstzeit in den Verkehrsbetrieben ein Ausnahmerecht zu schaffen, wird auf den schwersten Widerstand des beteiligten Personals stoßen. Desgleichen die ablehnende Haltung des Generaldirektors Dr. Loh und der hinter ihm stehenden schmerzbüchlerischen Kreise in allen die vitalsten Interessen des Eisenbahnerpersonals betreffenden Fragen.

Die Versammlung erwartet von Landtag und Regierung, daß sie im Interesse ihrer bedrückten Landesfinder wie der gesamten bodischen Bevölkerung alle Wege gehen, die dazu führen, das realistische Vorgehen der Reichsbahngesellschaft zu unterbinden. Die von den Verwaltungsjuristen befristete sozialrechtliche Bestimmung § 84 Abs. 5 B.G.B. bzw. § 80 Abs. 4 B.G.B. muß wieder ihre volle Geltung erhalten. Außerdem behält sich der Besch. aller auf Ort und Arbeit angewiesener Arbeitneh. mer ist das Gebot der Stunde.

Im übrigen sind sich die Versammelten bewußt, daß zur endgültigen Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen, wie im Hinblick auf die aller Wahrscheinlichkeit nach nahe bevorstehenden sozialen Kämpfe alle Kräfte aufzuboten werden müssen zur Schaffung einer mächtigen Eisenbahnerorganisation, wie sie der „Deutsche Eisenbahnerverband“ von jeher erstrebt. Diese Entschliegung fand einstimmige Annahme. (Einen näheren Bericht lassen wir morgen folgen. Die Red.)

Karlsruher Luftschiffahrt-Ausstellung

Die Veranstaltung erfreut sich eines recht guten Besuches. Wenigstens wird anerkannt, daß die Ausstellung so viel be. Interessanten bietet und sie deshalb jedermann Besuches wert. Ein Ballon von etwa 4 Kubikmeter schwebt jetzt über der Ausstellung und ist auch bei Nacht durch die Scheinwerferbeleuchtung ein effektvoller Hinweis. Im Restaurant der Ausstellung findet Konzert und Kaffeegebiet statt. Außerdem sind jeweils Filmvorführungen vorgesehen. Das Restaurant ist bis nächst 1 Uhr geöffnet.

(-) Der Besuch des Reichstanzlers in Karlsruhe. Reichstanzler Dr. Lutzer wird bestimmt am 12. Februar nach Karlsruhe kommen.

(-) Städtische Sparkasse Karlsruhe. Der Stand der reinen Sparanlagen ergab auf Ende Oktober 1924 1 063 000 M, Ende November 1924 1 488 000 M, Ende Dezember 1924 1 820 000 M und erreicht nunmehr Ende Januar 1925 den Betrag von 2 1/2 Millionen Mark mit 2 281 000 M. An neuen Sparbüchern wurden ausgegeben: im Monat Oktober 278 Stück, im November 377, im Dezember 462 und nunmehr im Januar 1925 634 Stück.

Golfium. Das gegenwärtige Programm ist wieder recht gutgefragt und beweist das Bemühen der Leitung, dem Publikum immer etwas Neues zu bieten. Die kritischen Vorführungen erhöhen die Gewissheit von wertvollen Aufführungen. Springen auf dem Parterre. Es sind zwei Jungfrauen, die aber recht gute Arbeit vollbringen. Als tangende Jongleure produzieren sich Dardid und Dardid. Mit erhabenem Werkman. nung führt das Aristokratiepaar seine Jongleuren aus. Die ausgeworfenen Stoffstücke werden so sicher aufgefangen, wie wenn sie an einer Seilbahn herangezogen würden. Recht be. wundernswerte atonalische Tänze führen das Trio E r n o r. Es sind ausgezeichnete rhythmische Tänze, die hier zu sehen sind. Mit Original-Orchestern wartet das Duo D u m a n n - S t e i n auf und bemüht sich, den Applaus des Publikums zu verdienen. Die Darstellung ist gut, während der Gesang höheren Anforderungen nicht ganz gerecht wird. Als Glangnummer muß der Raffschalkausflug auf dem Fels. bergwert werden. Es ist wirklich herboragende Raffschalkausflug, das diese Artistinnen bieten. Der Vorbeimtrieb der Raffschalkausflug der einen Dame auf dem Tisch, auf dem Flaschen auf. geholt wird. Ohne eine Flasche umzuwerfen, ist bereits ohne zu berühren, läuft die Dame auf ihren Kollifischen auf dem Tisch herum. Und nun der Komiker Carl Hahl! Er ist wirklich eine Nummer für sich, jedoch nicht nur auf dem Programm, sondern auch unter seinen Kollegen. Ros er alles vorzutragen und zu erzählen weiß, ist jo jeder köstlicher Humor, scheinbarer. W. aber überall einflößt. Die fünf Meerwads-Sister sehen die Besucher mit einem atonalischen Raffschalkausflug in. Stan. den. Was diese Damen auf diesem Gebiete vollbringen, muß als ausgezeichnete Leistung bewertet werden. Das komisch-at. onalisch Trio Fredano beschließt mit seinen originellen Darbietungen das Programm, das überall Anklang finden dürfte. Den musikalischen Part beitreitet in der üblichen guten Weise die Colosseumkapelle unter der bewährten Leitung von Kapellmeister Schötte.

Was Sie bisher nicht konnten:
nämlich farbige Stoffe beliebig umfärben z. B. einen roten Stoff blau färben, oder ungleichmäßig verschossene Stoffe gleichmäßig neu färben, oder dunkle Stoffe hell färben usw.

das ist jetzt möglich
wenn Sie den Kleidungsstücken, Stoffen usw. mit **Hettmann's Entfärber** die alte Farbe entziehen und sie dann mit einer der seit vielen Jahrzehnten bekannten und beliebten **Hettmann's** Farben neu färben.

Unschädlich f. alle Gewebe. Erhältlich in Drogerien.
Auf den Namen **Hettmann u. Co. Marke Fuchs, opt. im Stern** besonders achten und andere Erzeugnisse zurückweisen!

Vortrag
mit praktischen Vorführungen über Entfärben, Färben, Satiken und Chem. Reinigen im Haushalt
am Freitag, den 6. Februar, nachmittags 4 Uhr
in Durlach im Saale zur „Krone“, Hauptstrasse 55
Stoffe mitbringen. Eintritt frei.
Frauenverein Durlach.

Mühlburg
(Ausschneiden und aufbewahren.)
Zu den gestern veröffentlichten Geschäften, in denen der „Volksfreund“ auftritt, sind noch folgende Firmen nachzutragen, die schon seit vielen Jahren den „Volksfreund“ abonnieren haben:
Schuhgeschäft Friedrich Gierlich, Waldstr. 19,
Kolonialwarengeschäft Gustav Schenck, Kärcherstr. 58.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe
Todesfall. Heinrich Büch, Verführer, Chemann, alt 77 J.
Luise Müller, alt 75 Jahre, Ehefrau von Adolf Müller, Tapeziermeister, Adolf Schwarz, Photograph, Chemann, alt 43 J.
Karl Wittlingmaier, Buchdruckerbesitzer, Chemann, alt 52 J.

Pianos - Harmoniums Pianohaus Lang erste Weltmarken, zu günstig. isen und Bedingungen. Kulserrasse 167/4, Telefon 1073, Salamander - Schuhhaus

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Bezirk Mittelh. Morgen Freitag abend 8 Uhr Versammlung im „Wotawurkgäule“...

Bezirk Mittel- und Südwesth. Samstag abend 8 Uhr im „Salmen“ Bezirksversammlung...

Gesellschafts-Berichterstattung mit Jahrespreismässigung von Hofel nach Mannheim-Beitzja...

Karlsruher Holzzerbericht vom 5. Februar

Wohnung vor einem Schwindler. In letzter Zeit ist in Karlsruh...

Waldta

nach dem Berliner Mittelfurt vom 4. Februar 1925. In Auszahlung...

Vorkläufige Wettvorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Am Freitag, den 6. Februar: Meist trüb, geringe Niederschläge...

Gerichtszeitung

Ein studentisch-völkischer Lausbubenstreich

Wegen Entfernung einer roten und der Reichsfahne am Stroh...

Rahne nur fortgenommen hätten, um einen Mitz (1) zu vollführen...

Soziales

Post (Ant Bruchsal). Dem allgemeinen Wunsch und einem dringenden...

Sprang (Ant Breiten). Der hiesige Rando. Ortsverein hielt am 29...

Vereinsanzeiger

Karlsruhe. Deutscher Metallarbeiter-Verband. (Mechaniker und Installateure)...

Wasserstand des Rheins

Sauterinsel 37, gef. 4; Kehl 118, gef. 5; Maxau 228, gef. 5...

Briefkasten der Redaktion

Spielberg. Der Fall liegt klar. Der Betreffende kann nicht weiter Mitglied...

Herren-Hüte / Mützen

Schirme / Stöcke / Pelze Krawatten / Hosenträger

Theodor Zenker

Kaiserstraße 61, gegenüber der Hochschule.

Handwerklich. Wenn je die Hausfrau darauf bedacht war, ihren Wäschebestand...

Zuförderliche Speisen regen die Verdauungskraft an und bereichern...

Arbeiter agitiert für die Parteipresse!

Henko Henkel's Walch- und Bleich-Soda spart Seife und Seifenpulver!

Badisches Landestheater Mignon.

COLOSSEUM Täglich, 8 Uhr, das vollständig neue VARIETE-PROGRAMM

Pfannkuch Eingetroffen ein Waggon holländisches Pfannkuch

Öffentliche Versteigerung. Freitag, den 6. Februar, 9 1/2 und 2 1/2 Uhr...

Lehrlinge oder Lehrlinge einzustellen bezüchtigen...

Arbeitsamt für den Verwaltungsbezirk Karlsruhe.

Diamant-Fahrräder u. Presto-Fahrräder.

VOLKSBÜHNE KARLSRUHE Textbücher für alle Vorstellungen zu haben...

Smoking-Anzug Entwurf-Anzug Gehrock-Anzug

Frauenhaare. Zahl die höchst. Breite am hiesig. Plage 1. ausgehang.

Schreibtisch mit Stuhl, Blaudruck, Kanapee...

Kammerer 2. Springsenstr. 26

Pfannkuch Neu eingeführt Neue gelbe ganze Riesen-Erbsen

Ettinger Anzeigen. Dreispaltige Vorschrift.

Ettinger Anzeigen. Die Postzeitung betr.

Arbeiter-Sportkartell Bulach-Belertheim

Am Samstag, den 7. Februar 1925,
abends 8 Uhr beginnend

Großer Masken-Ball

in den Räumen des Stefanienbades.
2 Musikkapellen.
Unanständige Masken haben keinen Zutritt.
Die Kartellkommission.

Berein der Rheinpfälzer e. V. Karlsruhe.

Samstag, 7. Febr. 1925,
abends 7.59 Uhr, im Saale der „Drei Linden“, Mühlburg

Großer Maskenball

Wort:
Nemzwerk durch die Palz mit P'amme' knust in Deides' em.
— Gute Weinlaube. —
2 Kapellen.

Achtung! Achtung!

Großes Karnevalkonzert

findet am 1160
Sonntag, den 8. Februar 1925,
vorm. von 11—1 und nachm. von 4—11 Uhr
in der
Wirtschaft zum „Evoli“
unter der Leitung des Kapellmeisters Picolo
statt.
Für gutes Essen und reine Weine ist bestens gesorgt.
Der Besitzer: K. Wetter.

„Zum Goldenen Faß“, Wielandstraße 18

Morgens sowie jeden Freitag
erkennt gute Weine von 25 Pf. an
Schlachtung.
1161 B. Geuter.

In 30 Minuten Ihr Bild
aus im Photogr. Atelier Kaiserstr. 50, Eing. Hotelstr.

Pfannkuch

Eingetroffen direkt von der See:
Frische

Seefische

Rabeljan
ohne Kopf im ganzen Stück
40 Pf. im Anschnitt
43 Pf. —
Früh gewässertes
Stodfisch
28 Pf.

Pfannkuch

WEISSE WOCH

Durch Ersparung von Laden- und Personalspesen die denkbar größten Vorteile beim Einkauf.

Handentuche Mtr. .90 - 70 - 58 M.	Bettbarchente 180 br., 3.50 2.80 M.
Hausstuch 150 breit, 2.20 1.70 „	Bettbarchente 82 br., 2.20 1.80 „
Halbtücher 100 br., 3.50 2.90 2.40 „	Anzugstoffe Mtr. 15., 10.50 8.50 „
Damaste 180 br., 3.50 2.90 1.80 „	Kleiderstoffe „ 4.50 3.90 2. — „
Bettuchtbl. 150 br., 2.90 2.60 1.90 „	Zellr „ 1.90 1.40 -.90 „

Woll-Decken, Federn und Daunen
Streng reelle Bedienung Verkauf nur gegen bar

Etagengeschäft
ERNST JUNGE Kaiserstr. 79
2 Treppen 1165

Projektierung und Ausführung
elektrischer Licht- und Kraftanlagen
jeder Art und Größe: Reparaturen und Erweiterungen bestehender Anlagen

Elektrotechnisches Installations-Geschäft
WILHELM BLEICHER
Lützenstraße 35 871 Telefon 394

Badische Luftfahrt-Ausstellung
täglich geöffnet von 10—10 Uhr
städt. Ausstellungshalle 1144
Täglich Konzert und Filmvorführungen von 7—10 Uhr.

Jackie Coogan

Oliver & Twist

Resi Waldstr.
nach dem berühmten Roman von Charles Dickens
Resi Waldstr.

Ab Freitag Waldstraße

SONDERANGEBOT
während der Weißen Woche **1 Waggon Steingut**

Teller, weiss, glatt, tief u. flach St. 10	Nachtöpfe, weiß 60
Tassen, bunt und weiß . . . 18, 15, 12	Salz- und Mehlmetzen 75
Satzschüsseln, weiß 6 Stück 1.80	Wasch-Garnituren m. Goldr. Steil 6.50
Teekannen, handgemalt Stück 1. —	Einzelne Becken 2.50
Milchtöpfe m. Schrift, 2 Lit. 1 1/2 1 1/4	Einzelne Kannen 2. —
1.20 90 60 45 35	Weinkrüge, bunt 75

Braunes Töpfergeschirr.
6 Milchöpfe, 2 Lit. 1. 1/2 1/4 1.50
Schüsseln, Blumentöpfe, Blumenteller,
Steinöpfe von 1—50 Lit. per Lit. 30

Porzellan.
Tassen mit Untertasse (Zweig-decor) Stück 30

Woldemar Schmidt
Karl Friedrichstraße 18. 1143

Palast-Sichtspiele
Herrenstr. 11 Telef. 2502

Quo vadis
MIT EMIL JANNINGS

REGIE MANUSKRIPT: GEORG JAKOBY u. GABRIELINO D'ANNUNZIO
in 10 spannenden Akten.

Die seit Monaten erwartete
größte Filmschöpfung der Welt
erscheint ab Freitag, den 6. Februar.

Deutscher Verkehrsband
Transportarbeiterverband
Ordnungsverwaltung Karlsruhe u. Umgeb.
Kronenstr. 3. — Telefon 3109.

Sonntag, 8. Februar 1925 findet morgen
7.10 Uhr, in der „Kronenhalle“, Kronenstr. 3,
unser jährliche
Generalversammlung
mit folgender Tagesordnung statt:

1. Geschäfts- und Kasienbericht für das Jahr 1924.
2. Bericht der Revisoren.
3. Wahl der Bau- und Ordnungsverwaltung.
4. Vorträge und Beschlüsse.

Hierzu laden wir die Kollegen und Kolleginnen freundlich ein. Insbesondere verweisen wir auf den § 2 Abs. 1 unseres Erstatutats, wonach sämtliche Ordnungsverwaltungsmitglieder, die Revisoren und Bediente, Sekretarinnen und Generalversammlungs-Delegierten vollständig zu erscheinen haben.

Mit kollegialem Gruß!
Die Ordnungsverwaltung: Rößler.

Sängerbund „Vorwärts“ Durlach
Sonntag, den 8. Februar, nachm. 5 Uhr
Großer Maskenball
in der „Festhalle“ mit Prämierung der schönsten und originellsten Kostüme.
5 Herrenpreise — 5 Damenpreise

Eintritt für Nichtmitglieder: Herren 1 Mk., Damen 50 Pf. ohne Steuer.
Mitglieder erhalten ihre Eintrittskarten bei Mitglied G. Hartig, Brunnenhausstraße 6 L. (sonst selbst) Vorverkauf für Nichtmitglieder. 161
Der Vorstand.

Während der Weißen Woche Winter-Mäntel
für Damen, Mädchen und Kinder bis zur Hälfte der bisherigen Preise

Frühjahrmäntel von Mk. 10.00 an
Kleider von Mk. 6.00 an
Cheviotkostüme m. Fressengarn v. Mk. 25.00 an
Röcke v. Mk. 2.10 an, Windjacken v. Mk. 12.00 an
Gummimäntel für Damen u. Herren
gute Gummierung von Mk. 22.00 an
Flotte Seidentrikotkleider von Mk. 8.50 an
Jumper, Blusen, Unterröcke, Reformhosen, Damenwäsche, Schürzen, Strickjacken, Wollwesten, Regenschirme usw. weit unter Preis.

Daniels Konfektionshaus
Wilhelmsstraße 36, 1. Treppe
Keine Ladenspesen Keine Personalspesen

Sehr schöne 1172
Rücheneinrichtungen
billig zu verkaufen
Jahresverleigerung.
Ziffer, Möbelreinerer,
Ludwig Wilhelmsstr. 17.
Druckmaschinen aller
Lieferung
Kuchendruck, Volksfreund

20 eichene Schlafzimmer Speisezimmer
sehr billig in nur
besten Qualität zu
verkaufen. Zahlungs-
erleichterung.

Kein Laden.
Nur Mühlburg
Lameystr. 61
Spezialvertrieb
Schweitzer.

Pfannkuch

Eingetroffen direkt von der See:
Frische
Bollfett-Süß-Büchlinge
45 Pf. 5 Pf. -Stücken
2 15 Pf. —
Lachs-heringe
40 Pf.

Pfannkuch